

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Dritteljährl. 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 7. Januar 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die wirthschaftliche Gesetzgebung 1897.

Das eigenartige Nebeneinanderbestehen von hochentwickelter kapitalistischer Produktion und Massen rückständiger Kleinbetriebe, das Deutschland sowohl auf agrarischem wie auf industriellen Gebiet kennzeichnet, drückt auch der deutschen Wirtschaftsgesetzgebung einen widerspruchsvollen Charakter auf.

Das wirthschaftlich reaktionäre kleine Handwerkerthum hat 1897 einen Schimmerfolg aufzuweisen: das Zununngsgesetz. Aber die Kerntruppe der Jünger war von Anfang an von dieser Mißgeburt nicht erbaut; heute finden auch die Vertranensseligen vom Vorjahre bereits keinen Gefallen mehr an dem Wechselbalg, wie sie längst schon keine Freude mehr an der Einschränkung des Detailverkehrs und selbst an den scheinbar bedenklichsten Maßnahmen gegen den unlauteren Wettbewerb haben.

Angesichts dieser Enttäuschungen ist bereits eine andere Mittelstandsforderung immer mehr an die Spitze der Agitation gestellt worden: die Umsatzsteuer. Freilich, die Großproduktion durch eine strangulierende Steuer aus der Welt hinauszujagen, über diesen kühnen Einfall aus der ersten Sturm- und Drangzeit unserer industriellen Entwicklung ist die Wirtschaftsgeschichte längst hinweggeschritten, obwohl gerade diese Forderung einst den größten Anklang fand.

Die Agrarier haben im Vorjahre in der Gesetzgebung weniger wie sonst erreicht, ihre Erfolge liegen mehr in der Wahlarbeit draußen im Lande, wo sie die Nationalliberalen wie auch das Zentrum und selbst die allzu gouvernementalen Konföderativen mehr und mehr zwingen, das Joch des Bundes der Landwirthe auf sich zu nehmen.

Wollte man sich an Kennerlichkeiten halten, so müßte man sogar von schweren Niederlagen sprechen. So ist die Eingabe wegen des Getreide-Einfuhr-Verbotes ohne ein Wort der Begründung seitens der Regierung zurückgewiesen worden. So werden sonst in Deutschland nur Sattlergesellen von Kriegsministern, aber nicht agrarische Junfer von einem Reichskanzler behandelt.

Die Annahme des M a g a r i n e - Gesetzes feierte man allerdings als einen Triumph. Ob man heute noch so denkt? Man hat durch die Trennung der Verkaufsräume (in Orten mit mehr wie 5000 Einwohnern) die Mehrzahl der Händler zwingen wollen, die Margarine abzuschaffen und den Butterverkauf zu behalten. Die ungemein vervollkommnete, kapitalträchtige Organisation auch des Margarine - A b s a t z e s hat das Gegenheil bewirkt. Die Gründung eigener Verkaufsbüros seitens der Margarine - Millionäre und Aktien - Gesellschaften ist mit uner Promptheit erfolgt, die für die Molkereigenossenschaften

und vollends für die kleine Butterproduktion bei ihrer Kapitalschwäche vorläufig unerreichbar ist. Die Händler, die nur eine der beiden Waaren führen wollen oder können, haben am ehesten auf die Butter verzichtet, weil die Margarinefabrikanten bei ihren enorm hohen Profiten die fettesten Procente geben können. Eine Entwicklung, ähnlich wie seinerzeit im Verhältnis zwischen dem theureren Brotgetreide und der billigeren Kartoffel, ist so durch diese Gesetzgebungspfuscherei nur beschleunigt worden, vor allem im kleinen Mittelstande, denn die städtischen Arbeiter haben schon vordem die Butter selten kaufen können, weil sie dieselbe bei ihren Böhnen nicht zu bezahlen vermochten.

Sehr erfreulich für die Jahresbilanz der Agrarier war hingegen die wachsende Abspernung der Grenzen gegen die Viehzufuhr. Die Seuchen haben dadurch nicht abgenommen, weil dieselben Landwirthe, die über die ungenügende Seuchenpolizei des Auslandes schreien, sich mit Händen und Füßen gegen energische Vorbereitungs- und Abwehrmaßnahmen im Inlande sträuben. Die Fleischpreise sind jedoch wesentlich erhöht worden, in manchen Distrikten, so in den Industrievierteln Oberchlesiens, zeitweilig sogar bis zu Nothstandspreisen. Mit der schärferen Abschließung wird es freilich auch immer schwieriger, die auseinandergehenden Interessen verschiedener Landwirtschaftsschichten noch ferner zusammenzuhalten. So brauchen die Milchproduzenten des Westens die Zufuhr frischen Milchviehes aus Holland, weil sie keine Lust haben, unseren Ostelbieren beliebig hohe Preise für den Ertrag zu zahlen. Unsere Ostelbier dagegen betonen, wie süß und ehrenvoll es ist, für das nationale Rind und Schwein zu bluten. Wie lange sie dafür bei ihren eigenen Gesinnungsgenossen im Westen Glanzen finden, steht dahin.

Die Aufhebung der Zollkredit-Erleichterung für Getreide und Hülsenfrüchte konnten die Agrarier bisher nicht erreichen. Ihre Umwerbung der Winger des Südens und Westens durch den Kunstwein-Antrag und der kleinen Eichenhälmwälder-Besitzer durch den Antrag auf einen hohen Quebrachozoll ist bisher ergebnislos geblieben. Ebenso der Versuch, einen Theil der Invaliden- und Altersrentenlast vom Osten auf den industriellen Westen abzuwälzen. Graf Poiadovsky hat hier jedoch energische Unterstützung zugesagt, im Nothfall sogar auf administrativem Wege in Preußen.

Dafür hat der Leiter des wichtigen Reichsamtes des Innern in der Sozialreform den Rückgang offiziell als das neue Regierungsprogramm verkündet. Er sprach zwar auch von einem weiteren Ausbau des bisher Erreichten, aber an sich will das schon wenig besagen und es schrumpft vollends zu nichts zusammen, wenn man bereits an die Bäckerverordnung die Furcht vor einer unerträglichen Polizeiwirtschaft knüpft. Die Haltung der Regierung in der Vereinsgesetzfrage, die gerade für die wirthschaftlichen Organisationen der Arbeiter wichtig war, wird immer eines der beschämendsten Blätter in der inneren Geschichte Deutschlands bilden.

Dagegen hat der Herr Graf sofort eine rege Thätigkeit als Gönner der Schutzöllner entfaltet. Der von ihm geschaffene Ausschuss zur Vorbereitung von Handelsverträgen — oder wie er sich nach dem Eintritt der Herren Graf Ranig und v. Pflüg vorsichtig nennt: zur Vorbereitung handelspolitischer Maßnahmen — entpuppt sich immer mehr als eine Organisation zur Vorbereitung hochschützöllnerischer Wahlen. Der Zentralverband Deutscher Industrieller hat sich längst schon bereit erklärt, eine Erhöhung der Protzölle zu unterstützen, wenn er dadurch bei den nächsten Wahlen die recht werthvolle Bundesgenossenschaft der Agrarier erkaufen kann. Man hofft, durch die Aufstachelung aller agrarischen und industriellen Beutegeilüste und Sonderinteressen das bisherige liberale Ideologie und Oppositionsgeist zu erdrücken, das sich in Stadt und Land zu regen anfing. Vielleicht hält man noch ein aufregendes patriotisches Spektakelstück bereit und der Griff nach den Taschen der Konsumenten muß gelingen.

Freilich, lange wird die Freundschaft, die man seit dem vorigen Jahre so eifrig sucht, nicht währen. Denn was aus unserer Handelsvertragspolitik bei einer neuen Getreidezollsteigerung wird, weiß niemand im voraus zu sagen. Und was eine agrarische Mehrheit zum Schaden unserer Industrie leicht für wirtschaftspolitische Fäden anzetteln könnte, das hat ihr Treiben zum sofortigen Zollkrieg bei der so schwierigen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Nordamerika klärlieh erwiesen, zum theil sogar in der verhältnismäßig einfachen und harmlosen Frage der Handelsbeziehungen mit England und seinen Kolonien. Hier wird das neue Jahr erst die Entscheidung bringen.

Politische Ueberblick.

Berlin, 6. Januar.

Ostasien. Von neuem taucht die Meinung auf, daß Frankreich die Insel Hainan ebenso in Besitz nehmen werde wie Deutschland Kiaotschau gewonnen hat. China würde sich diesem Verlangen natürlich ebenfalls fügen müssen; käme es auf China, auf den Hof von Peking allein an, so würde der europäische Länderhunger sich wohl noch ganz andere Sättigung suchen als die kleinen Bissen eines Gebiets von wenigen Quadratmeilen. Aber es handelt sich lediglich darum, was die Eifersucht und die Machtverhältnisse der europäischen Staaten jedem einzelnen unter ihnen gestatten.

Ob und was England zu unternehmen gedenkt, ist noch immer nicht klar. Einige der großen englischen Blätter führen eine recht unfreundliche Sprache gegen die neuesten deutsch-chinesischen Vereinbarungen. Der „Standard“ — so wird der „Voss. Ztg.“ telegraphirt — hofft, daß Lord Salisbury sofort in Berlin und Peking werde erklären lassen, England werde in Kiaotschau handeln, wie es in Port Arthur gehandelt hat. Das heißt, England soll Kriegsschiffe in den Häfen von Kiaotschau senden, welche sich neben die deutschen Kriegsschiffe legen würden zum Beweise, daß der Hafen jeder Macht in gleicher Weise frei zugänglich sei. Eine solche Demonstration würde aber offenbar gar nichts an den fertigen Thatsachen ändern. Von weit größerer Bedeutung für England ist seine Stellung zu Russland. Wie sich diese beiden gewaltigen Gegner in Ostasien auseinandersetzen werden, das ist die große Frage der nächsten Zeit. Es verlaute Gerüchte, wonach eine internationale Konferenz zur Regelung der ostasiatischen Frage in betracht gezogen werde und als Ort dieser Konferenz wird Moskau genannt.

Das Recht auf Revolution hat, übrigens nicht zum ersten Male, von Russland feierliche Sanktion erfahren. Aus Konstantinopel wird telegraphirt:

„Mehrfach wird die Thatsache, daß die russische Volkshost ihren anfänglichen Widerspruch gegen die erfolgte Ertheilung von drei Verträgen (kaiserliche Einkünfteurkunden) an bulgarische Bischöfe in letzter Zeit ausgegeben hat, mit einer angeblich mittelweilte erfolgten, den russischen Wünschen entsprechenden endgiltigen Regelung der Frage der bulgarischen Offizieremigranten in Zusammenhang gebracht.“

In diesem Zusammenhange ist die folgende Meldung des „West. U.“ aus Sofia von hohem Interesse, wonach die Rückkehr der emigrierten Offiziere nun entschieden sei. Stolkow selbst habe diese Thatsache den Abgeordneten angelündigt und dabei eine gewisse Genugthuung ausgedrückt, die jedoch schwerlich aufrecht gewesen sein dürfte, denn wenn auch der Fürst und die Regierung, an ihr Versprechen gebunden, nicht genug Widerstandskraft gehabt hätten, so ist doch nicht zu glauben, daß sie anders wie mit peinlichster Bitterkeit annehmen, den Verath an dem J. J. nach elf Jahren förmlich zu prämissen.

Deutsches Reich.

Herr v. Bülow, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, hat den Rotten Adlerorden erster Klasse erhalten. Der Herr Minister hat also seinen „Platz in der Sonne“ gefunden. Er ist der gefeierte Mann des Tages, und die ihm jetzt Lobhymnen singen, vergessen gänzlich, daß wenn er in China Erfolge erreicht hat, es sein Vorgänger gewesen ist, der die weit schwierigere Vorarbeit geleistet hat.

Die Landtagssession rückt heran und damit auch die Fragen über die Unterdrückung der Polen und die Beschwerden über den Mangel an Parität in Preußen zu ungenümen der Rathsoffen. Neben das letztere Thema ist soden eine zentrums-offizielle Zeitschrift „Die Parität in Preußen“ in Köln bei J. P. Bachem erschienen.

Die eben veröffentlichte Branntweinsteuer-Novelle der Regierung ist bei der agrarischen Strömung im Zentrum und unter den Nationalliberalen wohl einer parlamentarischen Hebrbeit sicher. Ohne eine einbringliche Kritik der ganzen Kontingentirungspolitik wird sie jedoch kaum in den bundesrätlichen Heimathöfen zurückkehren.

Die Kontingentirung soll bekanntlich den Brennern eine Liebesgabe anwenden, indem zwar aller Teinspiritus (um diesen handelt es sich im folgenden alle) um 70 M. pro Hektoliter vertheuert, das Kontingent jeder Brennerei aber nur mit 50 M. belastet wird. Eine Einnahme in der Preissteigerung um 70 M., eine Auslage in der wirklichen Steuer von nur 50 M., das ergibt eben die 20 Mark Liebesgabe, die sich bei dem bisherigen Gesamtkontingent von rund 2 Millionen Hektolitern auf rund 40 Millionen aussummen. — Das Interesse der Brenner ist natürlich auf ein möglichst hohes Gesamtkontingent gerichtet, doch mit einer Einschränkung: würde das Kontingent größer wie der ganze Absatz, so würde der Konsum keinen einzigen Liter 70er Spiritus brauchen, die Brenner müßten sogar froh sein, ihren überflüssigen oder Branntwein loszuwerden, der Preis würde sich also gar nicht um 70, sondern lediglich um 50 Mark erhöhen — die Liebesgabe wäre außer Wirkung gesetzt.

Beim Fortbestand des alten Gesetzes läge diese Möglichkeit gar nicht so ferne. Das periodisch neu festzusetzende Kontingent hat danach nämlich immer der letzten Volkszählungsziffer zu folgen, es wächst also ziemlich rasch. Der Schnapskonsum geht jedoch relativ, auf den Kopf der Bevölkerung vertheilt, zurück. Der Zeitpunkt rückt somit immer näher, wo die Steuerdifferenzirung versagt, weil kein 70er Spiritus mehr verlangt und bezahlt wird. Vom nächsten Oktober 1898 ab wäre z. B. (nach der Volkszahl von 1895) das Gesamtkontingent auf 3 852 988 Hektoliter reinen Alkohol zu berechnen, der höchste Konsum hat indeß in den letzten Jahren 2 280 349 Hektoliter betragen, welche Fronie: bliebe das alte Gesetz, so fielen die Liebesgaben, und die Sozialdemokratie kann leicht in die Lage kommen, die am weissen belämpfte Bestimmung der Branntweinsteuer-Ordnung vertheiligen zu müssen!

Der Ausweg, den die Brenner wünschen und dem die Regierung folgt, ist einfach. Das Kontingent soll nach dem wirklichen jährlichen Gesamtverbrauch der letzten fünf Jahre berechnet werden. Da trotz des relativen Niederganges noch immer eine absolute Vermehrung des Schnapskonsums zu verzeichnen war, so hofft man, daß auch in Zukunft der neue Verbrauch immer wieder den Durchschnitt des alten Verbrauchs — eben das jetzt verlangte Gesamtkontingent — überholen wird. Vom Standpunkte der Brenner ist das alles, wie man sieht, ganz folgerichtig: möglichst hohes Kontingent, aber nicht so hoch, daß die Liebesgabe illusorisch wird.

Aber die Reichsfinanzien? Ihre Interessen laufen doch gerade entgegengesetzt, selbst wenn man die Liebesgaben nicht ganz beseitigen will: möglichst viele Hektoliter mit 70 Mark Steuer,

und möglichst wenige mit 50 M., Festsetzung eines möglichst kleinen Bruchtheils der Gesamtproduktion als steuerbegünstigtes Kontingent! Doch was hat das Reich zu bedeuten, wenn die Sonderinteressen der Ostelbier in Frage kommen? Vielleicht wird man uns sogar zu beweisen suchen, daß die Schnapsbrenner sich ein Recht auf eine mit der Bevölkerung steigende Liebesgabe erworben hätten, und daß daher der vorliegende Entwurf ihnen eigentlich Opfer aufbürde!

Zur Durchführung des neuen Handwerker-gesetzes. Das Reichamt des Innern hat die Entwürfe zu Normalordnungen für freie und Zwangsinnungen den Bundesregierungen zugehen lassen. Das sächsische Ministerium des Innern hat bereits je ein Exemplar dieser vorläufig festgestellten Entwürfe den Vorsitzenden der fünf sächsischen Gewerbetämtern zu Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen i. B. und Jittau zur Kenntnisaufnahme mit dem Anbegriffe zugehen lassen, etwaige gegen die Fassung der Entwürfe zu erhebende wesentliche Bedenken spätestens bis zum 14. Januar d. J. dem Ministerium zur Kenntniß zu bringen.

Der konservative Parteitag, der in Dresden abgehalten werden soll, ist vom 20. Januar auf den 2. Februar verschoben worden.

Der rothe Greiner, der frühere Parteigänger des spanischen Thronprätendenten Don Carlos, der nachher von Windhorst zu Stöcker übergegangen ist und konservativer Bundtags-Abgeordneter für Teltow-Beskow geworden war, ist gestern 57 Jahre alt gestorben. Seit 1893 nicht mehr parlamentarisch thätig, war er schon bei Lebzeiten trotz seiner sehr bewegten Vergangenheit fast völlig vergessen.

Die Landwirtschaftskammern sollen nach einer Verfügung des Landwirtschaftsministers Vertreter (Bezirks-Beiräthe) zu den Beratungen der Generalkommissionen über Renten-guts-sachen wählen. Die Generalkommissionen werden davon nicht besonders erbaud sein. Entweder werden sie vielfach mit Beiräthen zu thun bekommen, die als Verkäufer zu parzellirender Güter Sonderinteressen verfolgen, oder auch mit Gegnern des ganzen Anordnungsverfahrens, die unter den Großgrundbesitzern wegen der Furcht vor selbständigen Bauerneigenthümern und sonstigen unbedeuten Nachbarn noch immer nicht selten sind. Selbst nationalliberale Blätter finden es richtiger, den Generalkommissionen in der Auswahl freie Hand zu lassen.

Ueber die heute mehr denn je dringliche Reorganisation der Berliner Polizei wird offiziös in den „Berl. Polit. Nachr.“ geschrieben:

Mit der Reorganisation der Berliner Kriminalpolizei soll im nächsten Jahre der Anfang gemacht werden. Es handelt sich dabei insbesondere darum, den Revieren außer den Kriminalschutzeinheiten auch in der Person von Kriminalwachmeistern lange erprobte und im Kriminalfach gründlich erfahrene Beamte zuzunordnen.

Der nächste Etat wird nur die Forderung für einen Theil der betreffenden Stellen enthalten können, weil es nicht auf eine schematische Durchführung der Reorganisation, sondern vor allem darauf ankommt, die neu zu errichtenden Stellen so gut als irgend möglich zu besetzen. Dieses Ziel läßt sich aber nur dann erreichen, wenn man, wie es beabsichtigt wird, die Durchführung der Maßregel auf mehrere Jahre vertheilt.

Die politische Polizei ist in der officiösen Erörterung mit keinem Worte erwähnt. Sie befriedigt also trotz alledem die Auftraggeber.

Ueber den Mißerfolg der neuen Handels-gesetzgebung äußert sich die Hamburger Handelskammer in ihrem letzten Jahresbericht folgendermaßen:

„Das Verbot des börsenmäßigen Terminhandels“ — von dem noch immer niemand anzugeben weiß, was er eigentlich ist — in Getreide und Mühlenfabrikaten, von dem die Agrarier die Befreiung von dem Druck erwarteten, den die verderbliche Börse auf die Landwirtschaft ausgeübt haben sollte, hat den Handel zur Aufstellung neuer Geschäftsgrundlagen gezwungen, die weniger klar und zweckmäßig als die früheren sind, bei denen durch feste Usancen Rechte und Pflichten der Kontrahenten eingehend geregelt waren; namentlich aber hat dieses Verbot die deutsche Landwirtschaft verhindert, die günstige Konjunktur in diesem Herbst voll auszunutzen, sodas selbst manche frühere Besirvortere dieser Maßregel an ihrer Nichtigkeit schon zweifelhaft geworden sind. ... Die Landwirtschaft hat die Erträge ihrer im allgemeinen guten Ernte zu Preisen verwerten können, welche infolge der ungünstigen Ernten Frankreichs, Oesterreichs, Ungarns, Rumaniens und zum Theil auch Italiens eine unerwartete Höhe erreicht haben, wiewohl die Zerstörung der gewohnten Einrichtungen des Getreidehandels die volle Ausnutzung dieser selten günstigen Sachlage verhindert hat.“

Auch über den gegenwärtigen Stand der Doppelwährungsfrage äußert sich die Handelskammer. Sie schreibt:

„Ein großer Einfluß zu Gunsten des Silbers wurde in diesem Jahre von den Vereinigten Staaten unternommen. Sie schickten zu diesem Zwecke Spezialgesandte nach Europa, die in Frankreich günstige Aufnahme fanden. ... Von der englischen Regierung

wurde den Vertretern der Vereinigten Staaten und Frankreichs erklärt, daß nach einstimmiger Ansicht sämtlicher Mitglieder die englischen Münzen niemals für die unbeschränkte Silberprägung freigegeben werden könnten und daß die indische Regierung auch von der Wiedereröffnung der dortigen Münzen für die freie Silberprägung entschieden abtrat, vielmehr der Ansicht sei, daß Indien sein Währungssystem demjenigen Großbritanniens anpassen müsse, welcher Ansicht die britische Regierung zustimme. Nach dieser Antwort gaben die amerikanischen Delegirten den beabsichtigten Besuch in Deutschland auf, und es darf mit diesem Versuche die Frage der Wiedereinführung des Bimetallismus als praktisch erledigt angesehen werden, wiewohl seine Vertreter wohl nicht anhören werden, der Welt zu verkünden, daß die Entwertung des Silbers an allen wirtschaftlichen Schäden die Schuld trage.“

Fortschritt der Waffentechnik. Mit dem Selbstadepistol, vor dessen Einführung alle Staaten gegenwärtig stehen, hat der bekannte Kriegschirurg Prof. v. Bruns in Tübingen sehr zuerst methodische Schießversuche angestellt, über deren Ergebnis er in den „Beiträgen zur klinischen Chirurgie“ berichtet. Die Versuche wurden auf Zinnenholz, auf Eisenplatten, auf ein lebendes Pferd (H.), sowie auf menschliche Leichentheile angestellt, und zwar auf 10, 20, 50, 100, 200 und 300 Meter Entfernung. Zunächst konnte hierbei festgestellt werden, daß zwischen den Schußwirkungen am todtten und lebenden Material ein wesentlicher Unterschied kaum nachzuweisen ist. Die Haut-Ein- und Ausdringung ist 5-7 Millimeter groß und nimmt mit zunehmender Entfernung ab, der Ausschuss ist in der Regel etwas größer als der Einschuss. Die Wirkung des Geschosses auf die langen Röhrenknochen war genau entsprechend der des Infanteriegewehrs Nr. 88 von 1000-2000 Meter. Der Knochen war stets zer splittert, das Geschoss blieb nie stecken. Die Einschussstelle bildete stets einen glatten Kanal ohne Zertrümmerungshöhle vor dem Knochen und ohne eingesprengte Knochenpartikel. Bei Schädelknochen war in 10 Meter noch Sprengwirkung vorhanden, d. h. Splitterung des Schädelknochens, wie bei 1000 Meter mit dem Infanteriegewehr, nahm aber dann ab bis auf 50 Meter. Was die Durchschlagskraft anbelangt, so durchdrang das Geschoss auf 10 und 50 Meter zweimal den Kumpf und blieb erst im dritten stecken; es durchdrang Zinnenholz in 32 Centimeter Dicke, sowie 3 Eisenplatten von 2 Millimeter Dicke. Das Gesamtresultat seiner Versuche faßt Professor v. Bruns dahin zusammen, daß, wie der Kriegerrevolver eine ganz unsichere, geradezu zeitwidrige Kriegswaffe sei, der Selbstadepistol aber als „eine über alles Erwarten leistungsfähige Präzisionswaffe von großer Treffsicherheit und gewaltiger Durchschlagskraft“ erweise.

Schiffbauten. Nach der „Hamburgischen Börsenhalle“ hat die „Hamburg-Amerika-Linie“ mit der West von Blohm und Wolf einen Abschluß gemacht, wie er in solchem Umfange bisher dem hamburgischen Schiffbau kaum zu Theil geworden ist. Sie bestellte ein Schiff in der Größe der „Pretoria“ und der „Pennsylvania“ mit erheblich vergrößerten Einrichtungen für die Beförderung von Passagieren erster Klasse; ferner übertrug die Gesellschaft der genannten Werft den Bau von zwei Dampfern, welche je 500 Fuß lang, 60 Fuß breit und 40 Fuß tief sind. Die Schiffe erhalten eine vorzügliche Einrichtung und werden mit Rücksicht auf besondere Erfordernisse der ostasiatischen Fahrt konstruirt. Mit diesen neuen Aufträgen hat die genannte Werft für die Hamburg-Amerika-Linie nicht weniger als sieben große transatlantische Dampfer im Bau.

Marx-Löbden und Flottenbegeistern, daß gilt den strebsamen deutschen Privatdozenten! Der Marx-Löbder v. Wenckern hat soeben eine Broschüre unter dem Titel „Theoretische Begründung der Notwendigkeit einer starken deutschen Flotte und eines Systems von deutschen Flottenstationen“ erscheinen lassen.

München, 6. Januar. Um das Kunsthandwerk zu fördern und um insbesondere seine würdige Vertretung bei der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 zu unterstützen, hat sich hier ein ständiger Ausschuss für Kunst im Handwerk gebildet, welcher einerseits eine Anstaltsstelle für alle Fragen des Kunsthandwerks errichtet hat, andererseits die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter dem Namen „Vereinigte Werkstätten für Kunst und Handwerk“ mit dem Sitz in München beabsichtigt. Diese letztere Gesellschaft will den Künstlern und Handwerkern die Ausübung ihrer Entwürfe sichern und deren Vertrieb besorgen. Das Kapital soll zunächst 100 000 M. betragen und bei entsprechender Beteiligung bald erhöht werden. Die einzelnen Gesellschafter haben 500 M. zu zeichnen.

Der Kammer der bayerischen Reichsräthe liegt ein Antrag vor, die von der Kammer der Abgeordneten genehmigten Mittel zur allmählichen Abföhrung der Lohndzinse um ein Beträchtliches zu erhöhen.

Aus Baden, 5. Januar. (Fig. Ber.) Zum dritten Male wird in Strassburg-Land, und zwar am 14. ds. Mts. gewählt werden. So wenigstens meldet die von Karlsruher Schriftstellern Ministerialräthen immer gut bediente „Strassburger Post“. Damit will die Regierung offenbar einem neuen Kammerandal, durch den die

neueste Eisenlohrade gebührend an den Pranger gestellt würde, zuvorzukommen. Die ungelöste Wahl von 18 Wahlmännern in Strassburg wird am 7. ds. Mts. noch einmal stattfinden. Den Ausschlag zu Gunsten des Demokraten Vorderer gegen den Konservativen Kirchenbauer werden dort unsere Genossen geben, welche bei der ersten Wahl nicht geschlossen gegen den konservativen Kandidaten stimmten, sondern theilweise überhaupt nicht wählten resp. weiße Zettel abgaben.

In der Frage der Eisenbahngemeinschaft mit Preußen scheint im Lande unter allen Parteien volle Einmüthigkeit zu herrschen. Nun hat sich auch die Budgetkommission der ersten Kammer gegen jede derartige Gemeinschaft ausgesprochen. Sie würde in der Schmälerung der Autonomie Badens auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens eine bedenkliche Gefahr für die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit Badens erblicken. Mit dieser Ansicht ist zugleich wegen etwaiger Verhandlungen betreffs der Main-Neckarbahn ein Vertrauensvotum für die Regierung, bezw. den Eisenbahnminister v. Brauer verbunden. Das bisher keinerlei Verhandlungen bezüglich einer Erwerbung der Main-Neckarbahn oder in betreff der badischen Staatsbahnen stattgefunden haben, wird auch in dem bezüglichen Budgetbericht als Thatsache angenommen.

Ungarn.

Budapest, 5. Januar. Der ehemalige Reichstags-Abgeordnete Gabriel Agron, der während der letzten Reichstagswahlen kein Mandat erhielt, trotzdem aber der Chef einer Fraktion der Unabhängigkeitspartei geblieben ist, richtete an den Reichstags-Abgeordneten Nikolaus Bartal ein Schreiben, in welchem er erklärt, daß er sich definitiv und vollständig vom politischen Leben zurückzieht. Veranlassung zu diesem Schritte bietet ihm die Wahrnehmung, daß das ungarische Volk moralisch so verfallen sei, daß es zur konstitutionellen Erhaltung der Unabhängigkeit nicht mehr befähigt sei.

Man spricht davon, daß sich in den Reihen der Unabhängigkeitspartei nach diesem Schreiben mancherlei Aenderungen vorbereiten.

Die Partei mit den radikalen Bröfen, der unvollkommen ultranationalen Politik, der Rüksicht ihrer Abgeordneten und dem volksfeindlichen Treiben ist längst in Zerfall. Würde Herr Agron dies reumüthig eingestehen, statt von der moralischen Verderbtheit des ungarischen Volkes, dem er und die Seinigen stets fernstehen, zu sprechen, so könnte man Herrn Agron's Rücktritt vom politischen Leben wohl begreifen können.

Frankreich.

Paris, 5. Januar. Der „Temp“ veröffentlicht ein Schreiben des Senators Scherer-Rethner, in welchem derselbe gegenüber den anstehenden Gerüchten erklärt, er widme unentwegt seine ganze Kraft der Verteidigung der Unschuld des früheren Hauptmanns Dreyfus und warte ruhig die unvermeidliche, gerechte Sühne ab.

Belgien.

Paul Janson, der Führer der Progressisten, schlägt den Radikalen und Sozialisten für die kommenden Wahlen eine Allianz vor gegen die liberal-konservative Regierung. Als Wahlparole sollten aufgestellt werden die Forderungen: Abschaffung des Local-Wahl-systems, Einführung der Proportionalwahl, Versicherung der Arbeiter gegen Unfall, Invalidität und Alter, Reform der Steuern und des Militär-systems.

Spanien.

Don Carlos, der ewige Thronprätendent, soll wieder einmal seine „Rechte“ auf den spanischen Thron seinem Sohne Don Jaime abgetreten haben.

Serbien.

Belgrad, 6. Januar. Das Anstaltsblatt veröffentlicht einen Tgl. Ukas betreffend die Reorganisation der Leitung des aktiven Heeres; danach ist König Milan zum Kommandanten des aktiven Heeres und General G. Markowitsch zum Generalstabschef ernannt worden. Die Stapschikina ist zum 11. Februar einberufen, zugleich aber bis zum 6. Juli verlagert worden.

Diese beiden Nachrichten charakterisiren die Situation in Serbien: Regieren ohne Parlament, Allmacht Milan's, dessen freiwillige Verbannung das serbische Volk mit Millionen vergeblich erkauf hat.

Griechenland.

Gesetzreform. Aus Athen wird der „Intern. Corr.“ geschrieben: Die Berufung des Generals v. Waldkämpf, sowie einiger anderer österreichischer Offiziere, um die Reorganisation des griechischen Heeres durchzuführen, wird in den Regierungskreisen als beschlossene Sache bezeichnet. Es ist hierzu nur noch ein Beschluß der Abgeordnetenkammer erforderlich, welche zugleich die notwendigen Geldmittel hierfür bewilligen muß; die Annahme des Antrages ist jedoch durch vertrauliche Besprechungen mit den Parteiführern bereits sichergestellt. Zugleich verlangt der Kriegsminister Emolenki bedeutende Bewilligungen für Neubewaffung und Neu-bekleidung des Heeres. An Stelle der veralteten Grafsen-Gewehre dürfte das österreichische Mannlichergewehr eingeführt werden, mit welchem gegenwärtig neben Mausergewehren der Firma Löwe in Athen Probefschießen abgehalten wird. Bezüglich der Ausrüstung ist die Einführung des grauen Mantels, des Tornisters und für einzelne Truppentheile des Helmes in Aussicht genommen, und sollen die Neubeschaffungen einschließlich der Gewehre bis April durchgeführt sein.

Das Berliner Polizeipräsidentium und Herr v. Tausch.

Unter verschlossenen Thüren spielte sich der letzte Akt der Tragikomödie ab, die unter dem Namen Tausch-Prozess so lange das öffentliche Interesse beschäftigt hat und eine solche Fülle von Schmutz, Charakterlosigkeit und Korruption enthält, daß man hätte glauben sollen, dieses im Tausch-Prozess gerichtete System müsse unter dieser Schlammfluth erstickt! Bankrott der politischen Polizei — das war nach Auffassung zweier bürgerlicher Rechtsanwälte das Endergebnis des Prozesses Tausch gewesen!

Was ist aber das wirkliche Ergebnis?

Von der Anklage des Meineides war v. Tausch bereits von den Geschworenen freigesprochen! Dem Staatsanwalt aber wie vom Gerichtspräsidenten was das Treiben des Polizeipräsidenten als skandalös, höchst taktlos und unverantwortlich gekennzeichnet worden. Kammer hat auch die von Anklagewege eingeleitete Disziplinar-Untersuchung ihr Ende gefunden mit einer formalen Verurteilung des v. Tausch, die zwar in scharfen Worten anklingt, von weiten Schichten der Bevölkerung aber als thatsächliche Freisprechung aufgefaßt werden wird.

Was lag der Disziplinar-Untersuchung zu grunde?

Einmal die Haussuchungskomödie bei seinem Vertrauten v. Böhov, diesem herabgelassenen Offizier, der für alle möglichen Behörden Spießdienste leistete, in der Verhandlung freilich ausdrücklich erklärte: die ehrlöseten und schimpflichsten Ausdrücke seien ihm nicht von der Polizei erteilt worden, obgleich er auch dort zu Briesfälligkeiten benutzte und sogar zum Liebhabler verurteilt worden sei. Was mag dieser Edelmann sich erst unter dem Superlativ „ehrlöset“ und „schimpflich“ vorstellen?

v. Tausch hat bekanntlich den amtlichen Auftrag zur Haus-suchung an seine Untergebenen mit den Worten begleitet: „Finden werden Sie nichts!“ Und Wachtmeister Beck fand denn auch wirklich nichts, da er die ganze Haus-suchung für eine Komödie ansah, was den Staatsanwalt freilich zu dem scharfen Urteil veranlaßte: er glaube ganz und gar nicht, daß Wachtmeister Beck seine Pflicht hierbei gethan habe. Viele Wochen später fand der Herr Oberstaatsanwalt denn auch noch einen ganzen Korb voll des besten Materials! Und nach der Verhaftung gab Herr v. Tausch, aus reiner Humanität, dem Leibspiegel noch 10 M. Taschengeld!

Ferner spielte im Disziplinarverfahren die sehr dunkle Geschichte der Anklagen des Quittungs-Fälschung — wohl das schmutzigste Kapitel im ganzen Prozess! Unter seinem Eide erklärte v. Tausch, ihm sei die Quittung von allem Anfang an verdächtig gewesen, in seinem amtlichen Bericht an seine Vorgesetzten sagt er hiervon nicht nur kein Wort, sondern betont, nachdem er über die Eigenhaftigkeit und Vertrauenswürdigkeit des Böhov längst unterrichtet war, sogar ausdrücklich, daß diesem eine Unwahrheit bisher nicht zur Last gelegt werden könne! Und er schweigt sogar noch in der Verhandlung nach der erschütternden Scene des grundlos der Unrechlichkeit und des Meineides gezeigten Auktions zu Gunsten des Fälschers Böhov.

v. Tausch steht mit den Spiegeln aus dem vertrauesten Fuße; er, der ehrenwerte Beamte, der hochgeehrte Kriminalkommissar, benutzte seine ehrlöseten Agenten sogar als Pimp-Kawälte, Böhov und Normann-Schumann müssen ihm Geldmänner besorgen, um in seinen Bedenken ihm augenblickliche Erholung zu schaffen. Aber nicht bloß seine ihm unterstellten unsauberen Agenten benutzt er zu finanziellen Schieberdiensten, der Herr Kriminalkommissar pumpt sogar die ihm amtlich zur Ueberwachung übergebenen Opfer an, z. B. den früheren galizischen „jüdischen Literaten“ und nunmehr bis in die Knochen kaffretren, deutsch und patriotisch gestimmten Offizialus Schweinburg, der für seine Verschlingung der Sozialdemokraten von den Unternehmern jährlich mit 15 000 M. bezahlt wird.

Und mitten in der Verhandlung, in welcher v. Tausch sich über das Würdelose dieser Kumperei immer noch nicht klar ist, sondern stets darüber sich moquirt, daß Schweinburg nur einen Wechsel eingekauft, den zweiten aber immer noch nicht herausgegeben habe, so daß der Präsident ihn entsetzt rügen muß: „Sie nehmen von ihm das Geld, nachher verfolgen Sie ihn“, brach v. Tausch offen das Gebot der Amtverschwiegenheit, indem er dem Schweinburg entgegenstellte, daß er ja auch heute noch polizeilich überwacht würde.

Aber Herr Schweinburg ist nicht das einzige Opfer; wie ihn bettelte v. Tausch auch Herrn Levsohn vom „Berl. Tageblatt“ an — und auch hier postet er mit dem ganzen Bettelholz des heruntergekommenen Adligen, daß er von ihm persönlich ja nichts bekommen habe. Das Anpumpen aber verweigert sich nicht nur mit seiner Amtsehre, sondern auch mit seiner antisemitischen Gesinnung! Bieleicht ist's auch deshalb (nämlich daß er von Levsohn persönlich nichts bekommen hat), daß die „Staatsbürger-Zeitung“ von heute Herrn v. Tausch bereits ein „fröhliches Willkommen!“ zurnst, indem sie — freilich allein — schreibt: „Nachdem im Tausch-Prozess alle jene Verdachtsmomente zerfallen waren, mit denen der Herr Staatssekretär

v. Marschall im Bekert-Böhov-Prozess aufgetreten war, war ein anderer Ausfall des (Disziplinar-) Prozesses kaum zu erwarten“ — als eben dieser auch von ihr anscheinend als Freisprechung und Rehabilitierung aufgefaßt.

Herr Kriminalkommissar v. Tausch benutzte seine Agenten aber nicht bloß als Geldvermittler und Wechelschlepper, sondern auch als Pöfanten seines Ruhmes. In der Bundesvertrags-Untersuchung v. Schoren giebt er Böhov Mittheilungen und bemerkt ausdrücklich: er solle ihn (den Herrn Kommissar) herausfreieren; und Herr Böhov veröffentlicht die Rolle psychischste im „Sokal-Anzeiger“, worüber Herr v. Tausch freilich erschrak, weil man auf der Polizei alles erfahre, was im „Sokal-Anzeiger“ vor sich gebe; ein anderes Blatt wäre ihm also lieber gewesen.

Und weiter dienten dem Herrn Polizeikommissar diese Subjekte auch als Auditorium und Reportere zur öffentlichen Herunter-jugung seiner Amtskollegen. Böhov und Normann-Schumann sollen „ordentlich über die politische Polizei in den Reichs-Ländern bezüben“, gegen seinen Kollegen Böhov in Strassburg, der an seiner Stelle die Leitung der Landes-Polizei erhalten hatte. Und gegenüber Singold-Staed und Böhov höhnt er über Kriminalkommissar Böhov, „den höchst ungeschickten“ Anarchisten-Häcker, der für das Koschmann-Affäre absolut einen politischen Hintergrund suche; er ulkt über dessen „Meinfall“ in London und in Berlin (im Landes-Anstaltungsgebäude) und er spricht (soll) elenden Subjekten gegenüber sogar den Verdacht über seinen Kollegen Böhov aus, dieser sei ärgerlich gewesen, daß in Belgien und Frankreich die anarchistische Gefahr so ernst genommen worden sei — „es sei eben die Zeit der Paroxysse gewesen!“ — nicht aber in Deutschland; die Böhov und Konsorten sollten daher anfänglich der Koschmann-Affäre in diesem Sinne in die Blätter schreiben!

Aber nicht bloß über seine Kollegen von der politischen Polizei, sondern auch über die Regierung, besonders über den zweifelhafte Beamten des Reiches räsonirte dieser preussische Musterbeamte zu seinen Agenten in der Schnoddrigen Weise: er beehrte ihn mit der respektvollen Bezeichnung: Wacklappen!

Das ist aber noch nicht alles!

Nach der Behauptung Böhov's und noch mehr nach dem eiblichen Zeugnisse des allgemein, vom Gericht, Staatsanwalt und sogar von den eigenen Verteidigern des v. Tausch als in jeder Richtung durch aus glaubwürdigen Journalisten Kramer rühmte sich der per persönlichen Ueberwachung des Kaisers in besonderem Vertrauen herangezogene Kriminalkommissar, daß er den Kaiser mit einem Neze von Spionen umgeben habe und jedes, auch italienisch gesprochene Wort hinterbracht erhalte, er erzählt die alarmirenden Mittheilungen über angeblich schweres Ohren-leiden des Kaisers, flunkert von Operationen — alles nach Auf-

Wien, 5. Januar. Die Kammer ist auf den 8. Januar einberufen; in dieser Sitzung wird der Finanzminister das Budget für 1898 vorlegen. Der „Nist“ zufolge hat die internationale Kommission den Staats-Budget-Entwurf für die fünf Jahre bis 1902 festgestellt. Danach sind für 1898 die Ausgaben auf 61 Millionen, die Einnahmen auf 75 Millionen Drachmen veranschlagt, für 1902 die Ausgaben auf 88 Millionen, die Einnahmen auf 102 Millionen. Diese Budgets werden von der Kommission lediglich vorschlagsweise dem Finanzminister unterbreitet; in demselben Sinne werden von der Kommission verschiedene Maßnahmen bezüglich der Veranschlagung und Erhebung der Steuern empfohlen. Die Arbeiten der Kommission sind fast beendet.

Der Kriegminister General Smolenski hat an die Oberbefehlshaber der Armeekorps ein Rundschreiben erlassen, in welchem er den Offizieren unter Androhung der schwersten Disziplinarstrafen jede Teilnahme an geheimen Gesellschaften, wie die „Ethniko Betaria“, verbietet.

Wien.

Kassuta, 6. Januar. General Neatman-Bigg ist in Peshawar an den Folgen der Beschwerden des Grenzfeldzuges gestorben.

Äthiopien.

Die Vorgänge im Sudan. Das Touloufer Blatt „Tschingra“ veröffentlicht den Brief eines Mitgliedes der Expedition Marchand, welcher vom 1. August v. J. aus Abima datirt ist, einem Orte an einem Nebenflusse des Nils unter dem 6. Grad nördlicher Breite und dem 24. Grad östlicher Länge gelegen. In dem Briefe wird die Hoffnung ausgesprochen, die Expedition werde binnen einiger Tage das Nilbecken und sodann Raschoda erreichen, von wo aus die mitgebrachten Dampfboote benutzt werden sollten. Schließlich solle erst eines mit Remont abgeschlossenen Vertrages Abessinien durchqueren, um nach Schibuti zu gelangen.

Wie die „Times“ aus Kassala melden, sind dort am 4. Januar Kapitan Mc Kerrell mit 100 Kameelreitern und Sidi Ali mit über 400 Mann von Suakin über Khordarata nach Idägigem Marsche eingetroffen.

Aus Malta wird telegraphirt: Der Befehlgebende Rath von Malta hat sich, um eine Verhärterung der ägyptischen Regimenter zu beschaffen, neuerdings erboten, 1000 Malteser zum Militärdienste zu stellen.

Amerika.

Washington, 5. Januar. Keller hat im Senat eine Resolution eingebracht, nach welcher Kapital und Zinsen von Bonds der Vereinigten Staaten je nach Belieben der Regierung in Silber zu zahlen sind.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wird sich wohl hüten, in dieser Weise ihren Kredit zu untergraben.

Partei-Nachrichten.

Reichstags-Kandidaturen. Im Regierungsbezirk Rassel sind nun sämtliche acht Kreise mit Kandidaten unserer Partei besetzt. Aufgestellt wurde im 1. Wahlkreis Hintelu-Poggele-Wolfsbagen; Zigarrenhändler Gustav Garbe aus Rassel; im 2. Wahlkreis Rassel-Meltingen; Redakteur Karl Thiel aus Rassel; im 3. Wahlkreis Friglar-Ziegenhain; Kassierer August Jordan aus Rassel; im 4. Wahlkreis Schwewe-Schmalkalden; Zigarrenmacher Wilhelm Hugo aus Schwewe; im 5. Wahlkreis Rassel-Frankenberg; Redakteur Paul John aus Rassel; im 6. Wahlkreis Hersfeld-Rotenburg; Redakteur Paul John aus Rassel; im 7. Wahlkreis Fulda-Schlachten; Parteisekretär Wilhelm Pfanntuch aus Berlin; im 8. Wahlkreis Hanau-Gelnhausen-Ord; Buchhändler Gustav Hoch aus Hanau.

Im Kreisthumb Waldeck-Hyrmont kandidirt der Schreiner Ludwig Dettmering aus Rassel.

Im Regierungsbezirk Oppeln sind ebenfalls für alle Kreise sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt. Die Namen der Kreise und Kandidaten sind: 1. Kreuzburg-Rosenberg; Tischler Krzeminski aus Breslau; 2. Oppeln; Weber W. Needer aus Neustadt O./S.; 3. Gr. Strahlitz-Kosel; Weber Adolf Hirschmeyer aus Neustadt O./S.; 4. Lublitz-Torn-Gleiwitz; Dr. Winter aus Königshütte; 5. Beuthen-Zarnowitz; Bergarbeiter H. Sachse aus Zwickau i. S.; 6. Kattowitz; Redakteur Fr. Morawski aus Berlin; 7. Pleß; Rybnik; Redakteur Fr. Morawski aus Berlin; 8. Ratibor; August Bebel aus Berlin; 9. Leobschütz; Weber Franz Habel aus Böhm.; 10. Neustadt O./S.; Former O. Schütz aus Breslau; 11. Falkenberg; Gröttkau; August Bebel aus Berlin; 12. Reiffe; August Bebel aus Berlin.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Parteigenossen Karl Windhoff, früherem verantwortlichen Redakteur der „Niederrheinischen Volkszeitung“, der von der Düsseldorf'schen Strafkammer wegen Verleumdung eines Fabrikanten zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt ist.

fassung des Hengen in der Absicht, daß diese Nachrichten in die Presse gelangen sollen; er informirt diese Leute mit Nachrichten über Personalveränderungen in den höchsten Regierungen und Hofchargen, angeblich um die Pläne des Kaisers zu kontrolliren, in weil der Kaiser stets auf solche öffentliche Indiskretionen im negativen Sinne reagire. Ja noch mehr und für den mit dem persönlichen Sicherheitsdienst des Kaisers betrauten Beamten besonders bezeichnend; er giebt Krämpfe und Lähmungen über den Kaiser und die Kaiserin Friedrich, über deren Gespräche anlässlich der Entsendung des Flügel-Adjutanten Molke mit der Plätsche Steinberger Kabinett zu Bismarck am 24. Januar 1898 eine solche ungewöhnliche und ungläubige Darstellung, daß Präsident, Staatsanwaltschaft und Verleumdung von ihrer Wiedergabe und Erörterung im Tausch-Prozesse absehen, während sie doch wohl im Disziplinarverfahren zur ausgiebigen Erörterung gekommen sein wird.

Und wie lautet nun nach diesen, allein aus der öffentlichen Verhandlung bekannt gewordenen Thatsachen das Urtheil?

Es lautet nach den Mittheilungen der Tagespresse: „In der Disziplinar-Untersuchungssache gegen den Polizeikommissar v. Tausch ist für Recht erkannt, daß der Angeklagte die Pflichten, die sein Amt ihm auferlegt, verletzt und fernher sich durch sein Verhalten außer dem Amte der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt habe. Deshalb ist v. Tausch aus seinem Amte zu entfernen und zwar durch Versetzung in ein anderes Amt mit gleichem Range, jedoch mit Verlust des Anspruches auf Amtsgelohn; auch sind ihm die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.“

Mit diesem Urtheile vergleiche man den Eifer, den die Regierung beispielsweise in der Sache Kronz bis zur Vorlage der lex Kronz betätigt hat. Ein Privatdozent soll deshalb aus einem Lehramte entfernt, zu dessen Bekleidung unwürdig erklärt werden, bloß weil er sozialdemokratisch gesinnt und von seinem Verfassungsrechte der politischen Meinungsäußerung und Betätigung Gebrauch macht! Ein Kriminalkommissar v. Tausch aber, von dem seine Vorgesetzten den Mithetpruch fällen, daß er der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens unwürdig sei, die sein Beruf erfordert, wird immer noch für würdig genug erachtet, in ein anderes Amt mit gleichem Range versetzt zu werden. In der That, höher kann die Sozialdemokratie nicht eingeschätzt werden als durch diese Gegenüberstellung!

Wir schätzen Herrn v. Tausch nicht niedriger ein, als hier der Rechtspruch seiner Vorgesetzten und Kollegen es thut, und wir sind frei von aller persönlichen Vorurtheile und wohlwollender fittlichen Entrüstung. Wie wir den Freispruch der Geschworenen ihm gönnten und ihn verstanden, so hätten wir ihm auch

— Die Magdeburger „Volksstimme“ schreibt in ihrer Donnerstags-Nummer:

„Bis Dienstag Abend war die Buchhandlung Volksstimme 360 Stunden bewacht. In Dienst traten 237 Schulkleute.“

In den Schaufenstern dieser Buchhandlungen sind Aufsichtspostkarten ausgelegt, die weder den Vermerk des Druckers, noch den des Verlegers, des Herausgebers, des Verfassers tragen. Dennoch sind diese Geschäfte auch am Dienstag unbehelligt geblieben!

Wir hatten im Laufe des Sommers Gelegenheit, das Gebahren der Antisemiten zu brandmarken, die in ihrem an der Regierungstrasse gelegenen Geschäftslocale eine Zeitungsummer mit blau umrandetem Artikel ausgehängen hatten, der die Liebesaffäre eines hiesigen Kaufmannes mit einer Leipziger Halbweildame schilderte. Auf diese Nummer hat das Antisemitenblatt besonders hingewiesen, woraufhin die Bewohner zweifelhafter Häuser sich täglich vor dem Geschäft einfinden und sich über den brenzlischen Stil, in dem die Begebenheit (sie war sogar erdichtet) geschildert war, amüfieren. Diese Nummer hat tagelang am Schaufenster gehangen. Die Geschäftsleitung ist unseres Wissens nicht aufgefordert worden, diese Nummer zu entfernen, noch ist sie konfisziert, noch ist Anklage erhoben worden. Als die Geschäftsleitung der „Volksstimme“ in ihr neues Heim zog, hing sie gleichfalls einige Nummern mit blau umrandeten Artikeln aus. Sie betrafen die Stadtverordnetenwahl in Bukau, eine Volksversammlung und die Thätigkeit der Polizei vor der Buchhandlung. Diese Nummern waren kaum ausgehängen, so erfolgte die Beschlagnahme. Und das Ende vom Liede sind — zwei Prozesse wegen Verstoßes gegen § 9 des preussischen Preßgesetzes vom Jahre 1851.

Doch weiter: Die Gewerbe-Ordnung schreibt vor, daß jede Verlegung des Geschäftsbetriebes der „zuständigen Behörde“ angemeldet werden muß. Der Verleger der „Volksstimme“ und Inhaber der Buchhandlung ist diesen Anordnungen nachgekommen und hat bei der Steuerbehörde die Geschäftsverlegung des Zeitungsverlags und der Buchhandlung angemeldet. Dies genügt der Polizei nicht. Darbaum hätte auch ihr die Verlegung anmelden müssen. Das Ende vom Liede sind — zwei Prozesse wegen Verstoßes gegen die Gewerbe-Ordnung.

Mittwoch hatte Genosse Darbaum Verhör vor dem Kriminalkommissar Weinert wegen des Verkaufs von Photographien des Hauses Breitenweg 127.

Mit dem Glodenschlag 8 zog Mittwoch früh der Doppelposten wieder auf. Das Publikum hat sich bereits an diese polizeilichen Maßnahmen so gewöhnt, daß es in der Bewachung der Schaufenster nichts Auffälliges mehr findet. Ab und zu verirrt sich an die Fenster mal ein kleiner Knirps oder ein Kindermädchen mit einem schlafenden Baby auf dem Arme, die natürlich sofort verjagt werden. Desto zahlreicher ist hingegen der Besuch der Erwachsenen geworden. Die Besucher rekrutiren sich aus allen Ständen der hiesigen und auswärtigen Bevölkerung. Die Buchhandlung wird deshalb nicht ohne Ursache als Sehenswürdigkeit Fremden gezeigt.

Man sieht, unsere Magdeburger Parteigenossen sind, was die geschäftliche Seite der Angelegenheit anbelangt, die reinen Gläubigen.

Im übrigen ist es ein unwürdiger Zustand, daß ein Arbeitergeschäft, das seine Steuern so gut wie jedes andere Geschäft bezahlen muß, unter Polizeiaufsicht gehalten wird.

Außerdem kostet der Doppelposten den Steuerzahlern, die doch schon genug bluten müssen, auch ein beträchtliches Stück Geld, das, wie man wohl ohne Uebertriebung sagen darf, in diesem Falle rein zum Fenster hinausgeworfen ist. Entweder waren vor Beginn der Aktion gegen die Buchhandlung zwei Schulkleute in Magdeburg überflüssig oder sie waren es nicht. Im ersteren Falle wäre der Personalbestand der Polizei um zwei Mann zu reduzieren gewesen; im letzteren Falle aber würden ebenfalls zwei Mann mehr eingestellt werden müssen, denn in Folge der ständigen Aufstellung des Doppelpostens vor der Buchhandlung der „Volksstimme“ müßten sie ja anderswo fehlen.

Reichstags-Abgeordneter Wilhelm Schmidt in Frankfurt a. M. wurde vom Schöffengericht daselbst wegen Verleumdung eines Herrn Krutzhoffer zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt. Bei einem Kriegervereinsfest hatte dieser Herr, der Hauptmann des uniformirten Landwehr-Vereins ist, die Frau eines Arbeiters unziemlich behandelt. Die „Volksstimme“ rügte das in einem scharfen Artikel. Die Form dieses Artikels erachtete das Gericht als beleidigend. Gegen das Urtheil wird Berufung eingelegt werden.

— Aus Falkenstein i. B. wird uns geschrieben: Nachdem erst vor 14 Tagen in sämtlichen Feststellungsstrümen der „Sozialistischen Volkszeitung“ eine Hausfuchung nach dem Manuskript eines in Ausl. Erzgeb. verbreiteten Dopoltt-Flugblattes vorgenommen worden war, erschienen am Mittwoch der hiesige Wachtmeister, ein Wachtmeister aus Ausl. und ein Buchdrucker als Sachverständiger in der Druckerei, um die zu dem Flugblatt verwendeten Schriften mit den in der „Volkszeitung“-Druckerei vorhandenen zu vergleichen. Der Sachverständige (Woller oder Kehler) verneint nun eine Aehnlichkeit in den Schriften gefunden zu haben; hauptsächlich ein invariables „n“ führte er als unüberbrücklichen Beweis der Täterschaft an. Dieses „n“ wurde beschlaggenommen.

hier die völlige Freisprechung gegönt. Wir setzen nicht über das Urtheil, aber wir verstehen es. Das Urtheil im Geschworenengericht entstand unter dem Eindruck der damaligen politischen Situation! Und die Gorden, Liman und die bismarckische Tausch-Gesellschaft sich damals zusammensetzte, hatten allen Anlaß, ihren Chompion mit Seklarm zu empfangen und sich die geschmackvolle Drpseha an Herrn v. Marschall zu leisten! Heute können sie diese Ehreung wiederholen und ihren Kreis sogar ergänzen. Denn auch dieses Urtheil giebt ihnen zu Jubel Anlaß; obgleich wir sogar eine weit mildere Begründung des Urtheils voraussetzen.

Wer waren die Richter?

Stellt man diese Frage, so begreift man, daß diese Leute sachlich kein anderes Urtheil fällen konnten, nach ihrer Auffassung der ganzen Sachlage, der Tausch'schen Stellung, seiner Praktiken. Herr Polizeipräsident Windheim, der Präsident des Gerichtshofes, fand ja von Anfang an nach seiner eiblichen Aussage wie sein Vorgesiger v. Friedheim und wie sein angelegter Untergebener von Tausch unter dem Eindruck, daß der ganze Prozess Verleumdung ein Kampf des Auswärtigen Amtes gegen die politische Polizei sei. Dieser Prozess gilt uns! sagte er zu Tausch sofort bei Einleitung des Prozesses! Und was in jenem Prozess die stitliche Entrüstung des Präsidenten, die scharfe Verurtheilung des Staatsanwalts hervorrief; das schamlose Spitzeltreiben, die falschen Namensangaben unter den Ausstellungen, das Verschweigen schändlicher und kompromittirbarer Vorgänge und Handlungen jener Subjekte in den amtlichen Berichten an die Vorgesetzten; das beirtheilte Herr v. Windheim mit der praktischen Erfahrung und Kenntniß des Systems der politischen Polizei ganz anders. Mit Tausch war er der Meinung, daß es Aufgabe und Pflicht der Kommissare sei, die vorgefundenen Verbrechen nicht in Verlegenheit zu bringen. Der Kommissar müsse den Präsidenten in die Lage bringen, daß dieser den Kommissar desavouiren kann. Al! das wäre unmöglich, wenn der Präsident über alle diese Vorkommnisse unterrichtet würde.

Man kann freilich über die Moral einer solchen Taktik seine eigene Meinung haben, aber v. Tausch sagte ja, anders sei eine politische Polizei nicht möglich, anders würde die politische Polizei keine Agenten mehr bekommen. Und weil die Dinge so sind, kann man das gefälschte Wort von den unfauberen Agenten vielleicht auch — mit entsprechender Korrektur des Ausdrucks unfauber — ausdehnen auf die Kommissare: Die geschicktesten Kommissare werden in der Regel auch die Krupellosesten sein.

Wie gesagt: von den Sachverständigen des Disziplinargerichtes konnte man nach ihrer ganzen Auffassung kein anderes Urtheil erwarten, und wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir die scharfe Formulierung auf die Thatsachen zurückführen, die mit der all-

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Kollegen! Der Kampf der englischen Maschinenbauer ist nach den letzten Mittheilungen ein noch erbitterter geworden. Wir ersuchen Euch daher, nach wie vor durch freiwillige Sammlungen Euer Solidaritätsgefühl für die Kämpfenden zu betätigen. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Der Bevollmächtigte der Hamburger Bureauangehörten, Genosse Kunde, war in einer Gerichtsverhandlung vom Vorsitzenden, Amtsrichter Dr. Gorden, wiederholt der Lüge geziehen. Da er nicht einmal objektiv eine Unwahrheit gesagt hatte, stellte er Strafantrag wegen Verleumdung gegen den Amtsrichter. Die Staatsanwaltschaft lehnte jedoch die Einleitung eines Verfahrens ab. Die darauf eingeleitete Beschwerde ist vom Oberstaatsanwalt mit der Begründung zurückgewiesen worden, daß die Erhebung einer Anklage gegen den Amtsrichter nicht im öffentlichen Interesse liege. Um nun das dem Gericht gebührende Ansehen trotzdem zu wahren, hat Kunde Privatklage gegen den Amtsrichter erhoben.

Die nächste Generalversammlung des Verbandes aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands wird auf Beschluß des Zentralvorstandes in Gera am 9. und 10. April abgehalten.

An alle im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Deutschlands, als Haus-, Geschäftsdienner, Packer, Markthelfer, Kollkutscher, Expeditionsarbeiter, Möbeltransport-Arbeiter, Getreide-träger u. Kollegen! Unser Berufskongress vom Mai 1896 in Halberstadt hat in bezug auf die Abhaltung des nächsten Berufskongresses beschloffen, nach Ablauf von zwei Jahren wieder einen Kongress einuberufen, wenn nicht besondere Umstände eintreten, die die frühere Einberufung eines solchen unbedingt erforderlich machen. Das heißt, wir wären laut vorstehenden Beschlusses verpflichtet gewesen, im Jahre 1898 einen Berufskongress abzuhalten, wenn nicht inzwischen die Konferenz vom 28. Februar 1897 in bezug auf die Abhaltung des nächsten Berufskongresses bestimmt hätte: „über die Abhaltung des nächsten Kongresses hat der Vertrauensmann im Frühjahr 1898 unter den Kollegen der einzelnen Orte eine Urabstimmung vorzunehmen zu lassen.“

Um nun den hiezu bezüglichen Beschluß der Leipziger Berufskongress zur Geltung kommen zu lassen, ist es nothwendig, daß die Anhänger unserer Organisation unverzüglich öffentliche Versammlungen einberufen und die Frage zur Entscheidung bringen. Das Resultat der Versammlung (Abstimmung) muß spätestens Anfang März d. J. im Besitze des Unterzeichneten sein.

Der Vertrauensmann für Deutschland:
C. Albelst, Berlin C., Auguststr. 88.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck des Aufrufs gebeten.

Das Gewerkschaftsstatut in Halle hat eine siebengliedrige Kommission gewählt, der die Aufgabe zugewiesen wurde, eine Vorlage über Errichtung einer gewerkschaftlichen Centralstelle bezw. eines Arbeitersekretariats auszuarbeiten. Die Vorlage wird später den einzelnen Gewerkschaften zur Besprechung unterbreitet werden.

Die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit im Altonaer Tischlergewerbe hat den Erfolg gehabt, daß bereits in 24 Betrieben, die 320 Gesellen beschäftigten, die neunstündige Arbeitszeit eingeführt ist. In einigen Werkstätten ist auch ein entsprechender Lohnaufschlag bewilligt worden.

Der Verband der Buchbinder weist in seiner Abrechnung vom dritten Quartal eine Einnahme von 20 672,60 M. und eine Ausgabe von 5949,98 M. auf. Die Hauptkasse weist einen Kassenbestand von 54 155,79 M. auf. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 4680 männliche und 1317 weibliche.

Ausland.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer. Colonel Dyer, der Präsident des Unternehmer-Verbandes, befreit, daß eine Anzahl Mitglieder mit dem Sekretär des Maschinenbauer-Verbandes in Unterhandlung getreten seien. Demgegenüber hält „Daily Chronicle“ die Nachricht aufrecht, nur seien die Verhandlungen noch nicht so weit gediehen, daß näheres mitgeteilt werden könnte. Die „Shipping World“ macht jetzt neue Vorschläge, die sie für geeignet hält, um eine Einigung herbeizuführen. Danach sollen die Arbeiter jederzeit das Recht haben, wegen der Maschinenfrage durch Abgefandte mit dem Unternehmer verhandeln zu können. In diesen Fragen soll aber der Unternehmer das letzte Wort haben. Die Frage, ob die Arbeitszeit verkürzt werden kann, ohne daß die betreffende Industrie gegenüber der ausländischen Konkurrenz geschädigt wird, soll von einem unparteiischen Komitee, das von Unternehmern und Arbeitern gewählt ist, aber von einem durch das Parlament eingesetzten Komitee untersucht werden. Es erscheint nicht sehr wahrscheinlich, daß es jetzt — wenigstens nicht in der aller nächsten Zeit — zu neuen Verhandlungen zwischen den beiden Verbänden kommen wird.

Die Generalkommission vereinbarte für die Maschinenbauer in der Woche, die am 29. Dezbr. endete, 2834,66 M.

gemeinen öffentlichen Verurtheilung des im Prozess v. Tausch enthaltenen Systems der politischen Polizei gar nichts zu thun haben.

Es ist zwar heute nicht mehr die Zeit, wo Minister öffentlich und ostentativ den Praktiken der Hring-Nachow und v. Tausch die Sanktion der „effianten Genußnahme“ durch das allgemeine Ehrenzeugnis erwirken. Aber wir wissen heute dafür, daß der Polizeipräsident v. Nichtshofen sich ausdrücklich weigerte, den berechtigten Normann-Schumann zu entlassen, obwohl er Kenntniß davon erhielt, daß dieser die schamlosesten Verleumdungen der höchsten Staatsbeamten, ja sogar des Kaisers, systematisch in der Presse vertrieb.

Der Präsident im Tausch-Prozess sprach ja das bezeichnende Wort zur Charakterisirung des Widerwillens des Regentenplatzes gegen das Answärtige Amt: „Der Neue Kurs ist der politischen Polizei nicht sehr ungelin.“

Der Prozess v. Tausch ist zu Ende — daran ändert eine etwaige Verungung und Wenderung des Urtheils späterhin nicht das Geringste — geblieben aber ist und in jetzt erneuter Stärke die Funktion der politischen Polizei, an deren Grundlagen all' die enthästlichen Skandale nichts geändert haben. Die einen Beamten mögen deliktater, vornehmer sein als andere; die korrupten Praktiken (schrieben wir anlässlich des Schwurgerichts-Prozesses wider von Tausch) sind nicht einigen schlechten, schwankenden Charaktereigenschaften einzelner Beamten geschuldet, sondern den Grundlagen, auf denen die politische Polizei aufgebaut ist und — sprechen wir es offen aus: aufgebaut sein muß, weil es für diese Thätigkeit keine andere Grundlage giebt, wenn anders sie ihre versetzten Zwecke erreichen soll. Anständige Leute schreiben nicht für mich! Soll Bismarck einst in trivialer Selbstironie gesagt haben; daß anständige Leute nicht für die politische Polizei arbeiten, das weiß alle Welt und niemand besser als die Polizei selbst.

Und die kurzschichtigen Thoren, die vor einem halben Jahre schon eine Reformation der politischen Polizei an Haupt und Gliedern kommen sahen, werden durch das Urtheil des Disziplinargerichtes mit der Nase darauf gestochen, welche Auffassung am Alexanderplatz heute noch herrscht.

Dem Kulturhistoriker wird der Ausgang des Prozesses freilich lehrreiche Perspektiven eröffnen: Herr v. Marschall aus dem Reichssekretariat auf den Postfachposten nach Konstantinopel versteht: Herr v. Tausch in ein anderes Amt mit gleichem Rang versetzt — freilich mit dem Einmal dieses Urtheils!

Unverändert steht und unerschütterlich wähnt sich aber die Grundskulte des kapitalistischen Klassenstaates: die politische Polizei! Und sie wird bleiben, bis die Sozialdemokratie mit dem Klassenstaat dieses schartige und rostige Instrument begräbt.

Unternehmer-Verbände.

Die Vereinigung der Webereibesitzer im Handelskammer-Bezirk M.-Glabbad hat über den geschäftlichen Verkehr zwischen Fabrikanten und Käufer bestimmte Vereinbarungen getroffen, deren Einhaltung durch entsprechende Geldstrafen erwirkt werden soll. Festgelegt ist u. a. die zeitliche Grenze des Kreditverkehrs, die ertheilten Aufträge müssen nach Stückzahl, Lieferzeit, Preis und Zahlungsbedingungen, wie vereinbart, abgenommen werden, und die Erfüllung der vom Käufer eingegangenen Verpflichtungen soll der Fabrikant im Falle der Weigerung innerhalb drei Monaten erzwingen. Den Vertrag haben 26 Firmen unterzeichnet.

Das Kartell der österreichisch-ungarischen Zucker-Raffinerie gab für den Januar weitere 3 Prozent des Kontingents zum Verlaufe frei. Der bisherige Zuckerpreis von 36 fl. bleibt unverändert.

Das Kartell der Ringofenziegelei-Besitzer in Graz, welches mit dem Ende des vorigen Jahres zu Ende gegangen ist, wird nicht erneuert. Der Ziegelverkauf wird daher nicht mehr durch ein gemeinsames Verkaufsbureau, sondern im Wege der freien Konkurrenz erfolgen.

Soziales.

Der Dienst bei den preussischen Staatsbahnen. Unter dem Titel „Vorschriften über die planmäßige Inanspruchnahme und Ruhe des Eisenbahn-Betriebspersonals“ sind „neue“ Bestimmungen über die tägliche Dienstdauer des Betriebspersonals der preussischen Staatsbahnen erlassen worden, die sich kurz wie folgt zusammenfassen lassen. Die planmäßige Dienstdauer der im äußeren Dienst beschäftigten Personen soll, wenn sie durch Ruhepausen gar nicht oder nur ganz unbedeutend unterbrochen wurde, nicht mehr als acht Stunden betragen bei Stationsbeamten, Telegraphisten, Rangiermeistern, Rangierarbeitern und Weichenstellern. Im übrigen kann die tägliche Dienstzeit ausgedehnt werden auf zwölf Stunden und an den Tagen des Dienstwechsels auf vierzehn Stunden. Bei einfachen Dienstverhältnissen (z. B. auf Nebenbahnen) kann die Dienstdauer unter Einrechnung der Zeit, wo der Bedienstete nur dienstbereit zu sein hat, sogar bis auf 16 Stunden verlängert werden. Die planmäßige Dauer des täglichen Dienstes der Bahnwärter soll in der Regel 14 Stunden nicht überschreiten, und auf Bahnstrecken mit wolkem Tages- oder Nachtdienst nicht mehr als 13 Stunden betragen, ausgenommen den Tag des Dienstwechsels, wo sie 14 Stunden betragen kann. Wenn der Bahnwärter in größerer Entfernung von seinem Posten wohnt, soll dies bei der Feststellung der planmäßigen Dienstdauer berücksichtigt werden. Das Zugbegleitungs- und Lokomotivpersonal soll im monatlichen Durchschnitt nicht mehr als 11 Stunden täglich in Dienst gehalten werden. Die vorgesehene Dienstbehörde hat „unter eigener Verantwortlichkeit“ bei Beginn der Fahrplanperiode zu entscheiden, inwieweit in einzelnen Fällen der regelmäßige elfstündige Dienst verkürzt werden muß. Von der schonen Ziffer 16 geht der Papa hinaus aber auch bei dem jahrenden Personal nicht ab. Einzelne Dienstschichten „bis zur äußersten Grenze von 16 Stunden“ sind gestattet, wenn sie durch „ausgiebige“ Ruhepausen unterbrochen werden oder wenn die dienstlichen Anforderungen an das Personal so einfach sind, daß nach dem pflichtmäßigen Ermessen der vorgesetzten Dienstbehörde eine Ueberanstrengung des Personals ausgeschlossen ist. Auf eine 14- bis 15stündige Dienststunde soll in der Regel eine längere Ruhe in der Heimath folgen, welche soweit als möglich in die Zeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens zu verlegen ist. Bei dem Lokomotivpersonal soll die innerhalb der Dienststunde im Zugdienste zurückzuliegende planmäßige Fahrzeit auf der Lokomotive keinesfalls mehr als 10 Stunden betragen. Für das Lokomotivpersonal soll die planmäßige Dauer des Rangierdienstes, wenn er eine ununterbrochene angestrengte Thätigkeit erfordert, den Zeitraum von drei Stunden nicht überschreiten.

Weiter wird bestimmt: Jeder im Betriebsdienste ständig beschäftigte Bedienstete soll monatlich mindestens einen Ruhetag und, wenn er im Zugbegleitungs- oder Lokomotivdienste überwiegend außerhalb des amtlichen Wohnortes beschäftigt ist, monatlich mindestens zwei Ruhetage erhalten. Dem Betriebspersonal, soweit es auch an den Sonn- und Feiertagen zum Dienste herangezogen zu werden pflegt, ist an jedem zweiten, mindestens aber an jedem dritten Sonntage Gelegenheit zur Theilnahme an dem Gottesdienste zu geben.

Als planmäßige tägliche Dienstdauer im Sinne dieser Vorschriften gilt derjenige Zeitraum, welcher zwischen zwei nach den nachstehenden Grundsätzen berechneten Ruhezeiten liegt. Als Ruhezeit gilt jeder von Dienst oder Dienstbereitschaft freie Zeitabschnitt, welcher in ununterbrochener Folge: bei dem übrigen Personal mindestens acht Stunden, bei dem Zugbegleitungs- und Lokomotivpersonal mindestens 10 Stunden, falls die Ruhe in der Heimath, und mindestens sechs Stunden, falls die Ruhe außerhalb der Heimath verbracht wird, beträgt. Doch ist für letzteres Personal auch eine Ruhepause von mindestens sechs bis zu zehn Stunden in der Heimath als Ruhezeit dann anzusehen, wenn sie zwischen solchen Dienstschichten liegt, welchen eine Ruhezeit von mindestens 10 Stunden in der Heimath vorangeht oder folgt. Ausnahmsweise kann auf Nebenbahnen eine Ruhepause von mindestens 8 bis zu 10 Stunden in der Heimath als Ruhezeit angerechnet werden, falls nach dem pflichtmäßigen Ermessen der vorgesetzten Dienstbehörde eine Ueberanstrengung des Personals unter allen Umständen ausgeschlossen ist. Ruhepausen von geringerer als der vorstehend bezeichneten Dauer gelten nicht als Ruhezeiten. Sie sind daher ebenso, wie die Zeiten des Dienstes und der Dienstbereitschaft, in die planmäßige Dienstzeit einzurechnen. Bei Bemessung der planmäßigen Dienstdauer des Zugbegleitungs- und Lokomotivpersonals ist diejenige Zeit, während welcher die Bediensteten vor Antritt und nach Beendigung der Fahrt zur Uebernahme und Uebergabe der Geschäfte u. s. w. dienstlich in Anspruch genommen werden, überall, sowohl in als außerhalb der Heimath als Dienstzeit in Anrechnung zu bringen. Die Stationsbediensteten und Bahnwärter dürfen nicht mehr als 7 Nächte hintereinander in der Nachtdienste beschäftigt werden. Bei Bemessung der Ruhezeit ist nur diejenige völlig dienstfreie Zeit zu rechnen, die sich an eine Ruhezeit von 12 Stunden in ununterbrochener Folge anschließt. Der Ruhetag beträgt einschließlich dieser 12 Stunden 24 Stunden.

Die Vorschriften finden auch auf die im Betriebsdienste beschäftigten diätarischen Beamten und Hilfsbeamten gleichmäßig Anwendung. Werden Bedienstete aus ihrer gewöhnlichen Beschäftigung zur stundenweisen Aushilfe (in einem der hier in betracht kommenden Dienstzweige herangezogen, so ist bei Bemessung der zulässigen Dienstdauer die Zeit der gewöhnlichen Beschäftigung anzurechnen. Bei Strecken- und Werkstättenarbeitern hat diese Anrechnung in der Weise zu geschehen, daß als volle Tagesleistung in der gewöhnlichen Beschäftigung ein Zeitraum von längstens 10 Stunden ausschließlich der Mittagsruhe angenommen und danach berechnet wird, welchem Theile der für den Betriebsdienst, in dem die Aushilfe geleistet werden soll, festgesetzten Dienstdauer die in der gewöhnlichen Beschäftigung bereits geleistete oder noch zu leistende wirkliche Arbeitszeit gleich zu rechnen ist. Wenn z. B. ein Streckenarbeiter 7 Stunden (ausschließlich der Mittagspause) in der Woche beschäftigt gewesen ist und dann zum Dienst auf einem Bahnwärterposten, für welchen eine 12stündige Dienstzeit festgesetzt ist, herangezogen wird, so ist ihm die Rottenarbeit mit $\frac{7-12}{10} = 6\%$ Stunden anzurechnen, so daß er höchstens noch 3% Stunden im Bahnwärterdienste beschäftigt werden darf.

Neuers enthalten diese Vorschriften wenig oder garnicht. Schon jetzt waren die Dienstzeiten der Stationsbeamten, auf dem Papier so festgesetzt, wie die neuen Vorschriften bestimmen. In der Praxis machte sich die Sache vielfach anders. Voraussetzlich wird durch die Vorschriften kaum den ärgsten Miß-

bräuchen in der Ausnutzung der Eisenbahn-Bediensteten gesteuert werden. So lange der Staat die Eisenbahnen vorwiegend als Uebernahmestitut betrachtet, wird die Ueberbürdung des Personals fortauern. Vom Ratto der Achtstundentags-Bewegung: „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ruhe, acht Stunden Schlaf!“ hat der Eisenbahnsiskus bis jetzt nur das letzte Drittel kopirt. Wie die Dinge nun einmal stehen, ist es freilich beinahe ein Wunder, daß er doch wenigstens schon so weit ist, um schwarz auf weiß zuzugeben, daß der arbeitende Mensch täglich mindestens 8 Stunden Ruhepause nötig hat.

Krankenkassen und Apotheken. Die circa 10 000 Mitglieder zählende Allgemeine Ortskrankenkasse in Remscheid hatte von den Apothekern verlangt, sie sollten den Angehörigen der Kassenmitglieder die dem freien Verkehr überlassenen Heilmittel zu demselben Preise verabfolgen wie der Kasse und außerdem auf die übrigen Medicamente 10 pCt. Rabatt gewähren. Darauf gingen die Apotheker nicht ein; sie reichten vielmehr bei dem Kassenvorstand den Entwurf eines Vertrags ein, der nach Ansicht des Vorstandes für die Kasse noch nachtheiliger war als der bisherige Vertrag. In einer Mitgliederversammlung erklärte der Vorsitzende der Kasse hierzu, die Apotheker vertraten unter den ihnen vom Staat eingeräumten Privilegien lediglich ihr persönliches Interesse. So habe ein Apotheker seine Apotheke mit 170 000 M. bezahlt, obwohl sie nur einen realen Werth von etwa 35 000 M. habe. Für solche verfehlte Speculationen solle jetzt die Kasse büßen. Von beiden Seiten sei die Regierung angerufen. Die Erbitterung der Kassenmitglieder über die Haltung der Apotheker, die der Kasse den Kredit gekündigt haben, so daß alle Medicamente haar bezahlt werden müssen, ist so groß, daß die Versammlung den Beschluß faßte, sämtliche Arzneien künftig von auswärts — aus Barmen oder Solingen — zu beziehen.

Die mit der Privilegierung der Apotheken verbundene Monopolstellung führt ganz natürlichweise dazu, daß beim Beschwehler der Apotheken Preise gefordert werden, die mit dem wirklichen Werthe der Apotheken absoht nicht mehr im Verhältnis stehen. Daran erklärt sich wenigstens der Grad von Parteilichkeit, den die Apotheker in verschiedenen Orten bei den Verträgen mit den Krankenkassen an den Tag legen. Gründliche Abhilfe läßt sich, wie oft schon gesagt, nur durch Verstaatlichung des Apothekenwesens schaffen.

Arbeiterverstoß. Auf der Friedenseite in Aentlingen im lörringischen Kreise Diebenhofen ist am Mittwoch der 21. Meter hohe Schornstein der mittleren Kühlungsanlage des Hochofens eingestürzt. Bis abends 6 Uhr wurden nach der „Mistel- und Niedzeitung“ 8 Personen todt und 8 schwer verletzt unter den Trümmern hervorgezogen.

Gewichts-Beitrag.

Mit welcher peinlichen Gewissenhaftigkeit die preussische Justiz die preussische Staatsgewalt gegen Widerstand schützt, läßt sich folgender Fall deutlich erkennen: Der unglückliche Materialmeister Schimpfle, dessen Ehefrau sich und ihre zwei kleinen Söhne am 25. Juni v. J. in ihrer zu Vankow in der Florstraße gelegenen Wohnung selbst getödtet hat, stand gestern unter der Anklage des Widerstandes vor dem Schöffengericht. Schimpfle ist, wie erinnertlich sein dürfte, ein Opfer der Vaukspekulation geworden; das Haus in der Florstraße hatte ihm früher gehört, er war aber in seinen Verhältnissen zurückgekommen und das Haus ging in den Besitz des Kaufmanns Chaim über. Die Familie Schimpfle blieb im Hause wohnen, am 25. Juni vorigen Jahres erschien aber der Gerichtsvollzieher Kleist dafest, um im Auftrage des Hauswirths die Familie zu evakuiren. Frau Schimpfle geriet hierüber in die heftige Verzweiflung und in eine hochgradige Kurage, sie warf dem Gerichtsvollzieher die Thür vor der Nase zu und erklärte, daß sie das Haus lebend nicht verlassen werde. Sie verriegelte die Thür und der Gerichtsvollzieher sah sich veranlaßt, einen Schloffer herbeizuholen. Zufällig begegnete der beimstehende Schimpfle dem Gerichtsvollzieher und sah seine Frau am Fenster in einer Situation, aus welcher zu ersehen war, daß sie einen Akt der Verzweiflung plante. Er geriet darüber in die größte Erregung, verlor selbst ins Haus zu dringen und widersetzte sich dem Gerichtsvollzieher, als dieser durch den Schloffer die Eingangstür gewaltsam hatte sprengen lassen. Dem Gendarm, der den Gerichtsvollzieher begleitete, schlug Schimpfle den Helm vom Kopf. Inzwischen hatte Frau Schimpfle eine furchtbare That vollbracht; mit einem Dolchmesser hatte sie ihren beiden Söhnen Walter und Otto die Kehlen durchgeschnitten und sich selbst eine tödtliche Verletzung am Halse beigebracht. Diese entsetzliche Familiendramme brachte Schimpfle fast zur Raserei; er tobte umher und mußte in die Irrenanstalt des Dr. Scholimus zu Vankow gebracht werden, wo sich jedoch Zweifel über seinen Geisteszustand nicht ergaben. Infolge dessen wurde der bedauernswürthe Mann, über den das Schicksal mit so furchtbarem Gewalt hereingebrochen, nun wirklich und wahrhaftig unter Anklage des Widerstandes gestellt. — Der Staatsanwalt beantragte 10 M. Geldstrafe. Rechtsanwalt Leon. Friedmann schilderte in beweglichen Worten die feilsche Erregung, in welcher sich der Angeklagte angesichts der Katastrophe befunden und erbat für ihn die größtmögliche Milde, da der bedauernswürthe Mann, der wahrhaftig das allgemeine Mitgefühl verdiene, nur in der Verzweiflung sich zu dem Widerstande gegen die Staatsgewalt habe hinreißen lassen. Der Gerichtshof erkannte auf 3 M. Geldstrafe event. 1 Tag Gefängnis.

Eine harte Strafe für Lebensmittel-Verfälschung legte gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts I dem Schlächtermeister Georg Jordan aus der Scharnhorststraße auf. Als zwei bei dem Angeklagten beschäftigt gewesene Wesellen entlassen worden waren, begaben sie sich auf die Polizei, um sich zu erkundigen, welche Lohnansprüche sie erheben könnten. Sie theilten bei dieser Gelegenheit mit, daß sie die Arbeit ausgegeben hätten, weil sie schlechte Wurst zum Essen vorgesetzt bekämen und der Meister sie dazu anhalte, verdorbene Wurst bei der Herstellung von Schlach- und Leberwurst mit zu verarbeiten. Der Meister, der die Lieferung für das 1. Bataillon des Garde-Füsilier-Regiments hat, soll auf die von den Wesellen geltend gemachten Bedenken geantwortet haben: „Ach, es ist ja für die Kantine, da kommt es nicht darauf an, die Soldaten fr. . . alles!“ Infolge dieser Anzeige wurden verschiedene Wurstwaren im Geschäftstokal des Angeklagten polizeilich mit Beschlag belegt, die nach dem Gutachten des Sachverständigen Polizei-Thierarztes Peite entschieden verdorben und gesundheitsgefährlich waren. Der Angeklagte erklärte die ganze Strafanzeige für einen Nachen und bestritt die gegen ihn geschleuberten Beschuldigungen, namentlich die angeblich über die Soldaten gemachte Aeußerung. Nach seiner Behauptung habe er keine Ahnung davon gehabt, daß die mit verarbeitete Wurst verdorben war. Der Gerichtshof kam auf Grund der Beweisaufnahme zu einer anderen Ueberzeugung und verurtheilte den Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust.

Körperverletzung und Bedrohung seines Preussmädchens führte gestern den Kaufmann Georg Cohn vor die 130. Abtheilung des Schöffengerichts. Als die Dienstmagd des Angeklagten ihre Stelle verlassen wollte, kam es zwischen beiden zu einem Wortstreit, weil die letztere Ansprüche für Auslagen erhob, die seitens des Angeklagten nicht anerkannt wurden. Cohn ließ sich hinreichend, dem Mädchen eine Ohrfeige zu geben. Dieses ergriff den Feuerhaken und rückte hiermit ihrem Dienstherrn zu Leibe. Der Angeklagte entziff den Mädchen die Waffe und schlug ihm damit unter der Drohung, es tödtlich zu schlagen zu wollen, so wichtig über die Hand, daß der Knochen eines Fingers zerbrach. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 M., der Gerichtshof setzte die Strafe unter Berücksichtigung der „begreiflichen Erregung“, in der sich der Angeklagte befunden, auf 75 M. herab. Ob auch aus milderen Umständen erkannt worden wäre, wenn das Preussmädchen dem Herrn Cohn einen Knochen zer schlagen hätte?

Eine für Arbeiter und Arbeitnehmer wichtige Entscheidung hat das Kammergericht gefällt. Die Arbeiter der Sturn-vogel'schen Fahrrad-Fabrik hatten zum großen Theil die

Arbeit eingestellt, weil einer ihrer Vertrauensmänner entlassen worden war. Bei dieser Gelegenheit suchte der Arbeiter B. diejenigen seiner Kollegen, die weiter arbeiten wollten, durch Drohungen zur Theilnahme am Streik zu bewegen, er wurde deswegen des Vergehens gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung angeklagt, aber sowohl vom Schöffengericht wie von der Strafkammer des Landgerichts II freigesprochen, da festgestellt sei, daß der Streik nur den Zweck hatte, die Anstellung eines bestimmten entlassenen Arbeiters zu erzwingen. Es habe sich somit gar nicht um eine Ueberwindung oder Vereinigung zum Zwecke der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen gehandelt. Es läge daher der Thatbestand des Vergehens gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung nicht vor, und sei deshalb auf Freisprechung zu erkennen. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Revision ein, die aber vom Strafsenat des Kammergerichts zurückgewiesen wurde.

„Und der Mondschein schien schon scheue!“ Mit einer eigenartigen Beleidigungssache hatte sich heute die dritte Strafkammer am Landgericht II zu befassen. Au dem Pfarrhause in Ruhlsdorf bei Bernau wurde im Herbst vorigen Jahres eine banliche Veränderung vorgenommen, bei welcher auch der Arbeiter Heinrich Müller beschäftigt war. Am 23. Oktober besuchte der in Marienwerder stationirte Gendarm das Ruhlsdorfer Pfarrhaus zwecks einer Recherche. Bei seinem Besuche wurde er von der Frau des Hauses bis zur Thür begleitet und da der Gendarm den Zivilanzug trug, so zog er beim Abschied vor der Dame höflich seinen Hut. Nun hat aber der Gendarm eine beträchtliche Glöke. Beim Hüten des Hutcs bemerkte der ein wenig oberhalb auf dem Gerüst stehende Arbeiter Müller die Blöde auf dem Haupte des Branten und konnte sich um nicht enthalten, in die geflügelten Worte auszubrechen: „Und der Mondschein schien schon scheue — und dann ward es wieder dunkel!“ Die anderen Arbeiter lachten über den ihrer Meinung nach harmlosen Scherz, der Gendarm stimmte aber nicht mit ein, der Spatzvogel erhielt vielmehr ein Strafmandat über 5 M. wegen groben Unfugs. Der also Beglückte erhob Widerspruch, die Sache kam zunächst vor dem Schöffengericht in Bernau zur Verhandlung, diese Instanz erklärte sich jedoch für unzuständig, da nicht grober Unfug, sondern öffentliche Beleidigung im Sinne des § 185 des Strafgesetzbuchs vorliege. Die Sache wurde daher an das Landgericht verwiesen. Die Strafkammer fand in dem schönen Singang auch eine öffentliche Beleidigung und erkannte auf 20 Mark Geldstrafe, sprach dem beleidigten Gendarmen auch die Publikationsbefugnis zu.

Städtisches Recht. Die bisher noch nicht entschiedene Frage, ob bei der Berechnung von Anliegerbeiträgen auch die Zinsen berücksichtigt werden können, die die Gemeinden zahlen müssen, um das Kapital zum Erwerb des Grund und Bodens für die Strafe zu erhalten, hat jetzt das Ober-Verwaltungsgericht entschieden. Das Gericht bejahte die Frage und führte aus: Wenn eine Stadtgemeinde sich in der Lage befindet, sich Geld borgen zu müssen, um Straßenland erwerben zu können, dann gehören die Zinsen auch zu den Kosten der Erwerbung. Sie seien demgemäß auch nach § 15 des Grundbuchgesetzes zu vertheilen. Insofern könne in dem Falle, daß die Gemeinde eigenes Kapital wegen des Erwerbes von Straßenland der Verzinsung entziehen müsse, der Zinsverlust nicht den Straßenanliegern berechnet werden. Die Zinsen für das von der Gemeinde geborgte Kapital seien bis zur Fertigstellung der fraglichen Strafe zu berechnen.

Unter der Anklage der Unterschlagung stand gestern der Kaufmann Benno Klink vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Klink ist Inhaber eines Lotterie-Geschäfts, er beschäftigt sich nebenbei auch mit dem An- und Verkauf von Börsenpapieren. Den Kaufmann Meyer wandelte die Lust an zu speculatem, da er aber nur 1300 Mark besaß und er mit dieser Kleinigkeit nicht zum Bankier gehen wollte, so benutzte er den Angeklagten als Mittelperson. Nach einigen Monaten hatte er auch mehrere hundert Mark gewonnen, er verlangte das Anlagekapital nebst dem Ueberzusch von dem Angeklagten zurück. Dieser hielt ihn durch allerlei Ausflüchte hin, bis er endlich mit dem Gesändnisse herankam, daß er das Geld in seinem eigenen Nutzen verbraucht habe. In der Hoffnung, sein Geld noch zu retten, ließ Meyer sich zu einer Einigung herbei, indem er von dem Angeklagten eine Anzahl Wechsel annahm. Aber schon der erste wurde nicht eingelöst, der Angeklagte war mittellos.

Der Gerichtshof ahndete den Vertrauensbruch mit 1 Jahr Gefängnis und einjährigem Ehrverlust, ordnete auch die sofortige Verbüßung des Verurtheilten an.

Ein sehr betrübender Unglücksfall, der durch die Unachtsamkeit eines jugendlichen Radfahrers verursacht worden ist, hat die Veranlassung zu einer Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung gegen den Hausungesehrling Lunge gegeben. Dieser radelte am Bus- und Bettage die Weberstraße entlang und zwar wollen Passanten gesehen haben, daß er die Leihgange nicht gefaßt, vielmehr die Krone verschraubt hatte und gen Himmel blickte, auch das Räderwerk nicht in Bewegung setzte. Die neunjährige Tochter des Handelsmannes Reumann, welche quer über den Damm wollte, wurde vor dem Hause 42 von dem Rade des Angeklagten überfahren und schwer verletzt. Wahrscheinlich wird das arme Mädchen Zeilebens ein Krüppel bleiben, denn der eine Fuß ist ihm völlig geschmettert und wird ihm höchst wahrscheinlich noch abgenommen werden müssen. Das Schöffengericht, vor welchem sich der erst 14 Jahre alte Angeklagte gestern zu verantworten hatte, verurtheilte ihn zu nur 30 M. Geldstrafe. Die zivilrechtlichen Ansprüche des verunglückten Mädchens bzw. ihrer Eltern sollen demnach in einem Zivilprozeß festgestellt werden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Bremen, 6. Januar. Bösemann's Telegraphisches Bureau meldet: Pant Telegramm hat der Norddeutsche Lloyd-Dampfer Kaiser Wilhelm II. auf der Reise von New-York nach Genua den englischen Dampfer „Corinthia“ mit gebrochener Welle in Punta del Gada eingeschleppt.

Mannheim, 6. Januar. (W. Z. B.) Amlich wird gemeldet: Heute Vormittag 9 1/2 Uhr entgleiten fünf Wagen vom Schluß des Zuges 562 bei der Ausfahrt aus der Station Gertheim an einer Weiche. Beide Fahrgäste waren verletzt, das östliche nachmittags 1 Uhr wieder fahrbar. Das östliche Geleis wurde durch die ungeschickten Wagen auf 50 Meter lang zerissen.

Strasbourg i. E., 6. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Heute Nachmittag stürzte am Pariser Staden ein fünfstöckiger Neubau ein. Man vermuthet, daß 20 Personen unter den Trümmern rettungslos begraben sind.

Strasbourg i. E., 6. Januar. (W. Z. B.) Heute Nachmittag um 4 1/2 Uhr stürzte ein vierstöckiger Neubau am alten Weinmarkt, der lediglich aus Eisen und Hausteinen aufgeführt war, in sich zusammen. Die Ursache des Unfalles ist unbekannt. Zwei Todte, drei Schwerverwundete und sechs Leichtverwundete sind geborgen, einige Personen werden noch vermißt. Die Feuerwehre besorgte mit großer Anspannung die im höchsten Grade gefährlichen Rettungsarbeiten. Der Einsturz der stehengebliebenen Theile wird jeden Augenblick erwartet.

Vera, 6. Januar. (W. Z. B.) Dem Vernehmen nach wird die Schweiz die Anregung Italiens, sämtliche Silberseidenmünzen zu nationalisiren, bei den übrigen Staaten der Lateinischen Münzunion unterstützen.

London, 6. Januar. (B. O.) Eine Meldung der „Daily News“ besagt, zwischen den Mächten seien Verhandlungen im Gange, China in Interessensphären zu theilen. — Die „Times“ erhielten ein Telegramm aus Peking, wonach der Pachtvertrag zwischen China und Deutschland auf die Dauer von 50 Jahren abgeschlossen worden sei.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 6. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Nachdem der bisherige Vorsteher Dr. Langerhans die Mitglieder zum neuen Jahre begrüßt hat, erfolgt die feierliche Einführung der bei den regelmäßigen Ergänzungswahlen wieder...

Während sich der Oberbürgermeister in seiner Ansprache auf das Lob der „erleuchteten“ Gesetzgebung von 1808 und einen allgemeinen Hinweis auf die der Bürgerchaftsverteilung nach der Städte-Ordnung obliegenden Pflichten beschränkt...

Nach Vorschlag der Städte-Ordnung bzw. der Geschäftsordnung hat in der ersten Sitzung des Jahres die Neukonstituierung der Versammlung zu erfolgen.

Stadtv. Frenkel schlägt vor, zum Vorsteher den bisherigen Inhaber dieses Amtes, Dr. Langerhans, durch Juroz wiederzuwählen. (Beifall.)

Einstimmig wird Dr. Langerhans zum Vorsteher wiedergewählt und nimmt die Wahl dankend in der Hoffnung an, daß seine Kräfte für das Amt weiter ausreichen werden.

Auf Vorschlag der Stadtv. Frenkel und Giese werden auch der Vorsitzende Stellvertreter Michélet, die Beisitzer Siebert, Gerike und Hellriegel und die Beisitzer-Stellvertreter Friederici, Löbner und Fricd durch Juroz wiedergewählt und erklärt die Annahme der Wahl.

Die Versammlung ist damit konstituiert. Der Vorsteher eröffnet die Wiederannahme der Arbeiten mit einem Hoch auf den Kaiser.

Es wird zunächst beschlossen, die ordentlichen Sitzungen der Versammlung auch im laufenden Jahre Donnerstags nachmittags 5 Uhr abzuhalten.

Zur Vorbereitung der Neuwahl der sogenannten ständigen Ausschüsse 1. für die Wahl der unbesoldeten Gemeindebeamten, 2. zur Begutachtung der Vorlagen wegen Anstellung bzw. Pensionierung besoldeter Gemeindebeamten und Lehrer...

Die im abgelaufenen Jahre in Thätigkeit gewesen Ausschüsse und gemischten Deputationen, welche ihre Geschäfte noch nicht erledigt haben, werden durchweg in ihrer bisherigen Zusammensetzung von neuem beauftragt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Schluß 7/7 Uhr.

Kokales.

Den Abonnenten unseres Blattes, welche sich das täglich erscheinende Unterhaltungsblatt einbinden lassen wollen, stehen Titel und Inhaltsverzeichnis in unserer Expedition gratis zur Verfügung.

Achtung, zweiter Wahlkreis! Am Sonntag, den 9. Januar, findet im Lokale des Genossen Zubeil, Lindenstr. 108, eine öffentliche Versammlung statt...

Zur Lokalliste. Die Mitglieder der Lokalkommission Berlins und Umgegend werden ersucht, bis zum Dienstag, den 11. d. M., die Lokalliste ihrer Kreise resp. Orte an Unterzeichneten einzuschicken.

Freie Volkshöhne. Die außerordentlich günstige Aufnahme der Vereinskassentungen im Lesing-Theater, besonders die Vorstellung des Langmann'schen Arbeiter-Dramas „Bartel Zuroser“ hat den Eindruck so bedeutend gesteigert...

Die erste Vorstellung für die V. Abtheilung findet im Lesing-Theater statt. Zur Aufführung gelangt „Bartel Zuroser“.

Sonntag, den 9. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, II. Abtheilung: Dieselbe Vorstellung. III. Abtheilung Sonntag, den 30. Januar, dito.

Der Vorstand. J. A. S. Wintler.

Statistisches zur Berliner Sittengeschichte. Der § 361 Nr. 6 des Strafgesetzbuches bedroht mit Haft „eine Weibperson, welche wegen gewerksmäßiger Anzucht einer polizeilichen Aufsicht unterstellt ist, wenn sie dem in dieser Hinsicht zur Sicherung der Sittlichkeit, der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Anstandes erlassenen polizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt oder welche, ohne solcher Aufsicht unterstellt zu sein, eine solche Anzucht treibt“.

Nimmt man auch an, daß in der Zahl der Sittlichen einzelne Personen mehrfach gezählt und ein Viertel zu Unrecht sifirt sind, so ändert sich das Gesamtergebnis doch in nur unerheblicher Weise. Nimmt man ferner an, daß die Sittlichen nicht nur ein Viertel, sondern ein Drittel der weiblichen Bevölkerung Berlins betragen, so würden im Jahre 1894 rund 100 000 Prostituirte in Berlin befunden haben.

Die Pennbrüder. Auch sie wissen bereits, daß man nirgends besser verborgen sein kann, als in der Menge und so braucht man sie nicht mehr in ihren Schlafzimmern, wie Kellerlokale, Lagerplätze und Landenshöfen aufzusuchen, um sie kennen zu lernen.

Die schon so vielfach angeregte Frage wegen Gleichlegung der Sommerferien der Gemeindeschulen mit denen der höheren Lehranstalten beschäftigt am Mittwoch unter Vor-

des Bürgermeisters Rischner wiederum die städtische Schul-Deputation. Nach eingehender Beratung hat die Deputation indeffen beschlossen, es bei dem jetzigen Verfahren zu belassen, wonach die Sommerferien der Gemeindeschulen auf vier Wochen, die der höheren Lehranstalten auf fünf Wochen bemessen sind.

Patriotismus im Reiche des Herrn Thielen. In der „Aequi-Blg.“ lesen wir: Um einen öffentlichen Protest gegen die Bestrebungen des sozialdemokratischen Verbandes der Eisenbahner Deutschlands, der die sozialdemokratische Partei als Besessenen oder besessene Vertreterin der Interessen der Eisenbahn-Angestellten hinstellt, zu erheben, werden alle Eisenbahn-Beamten und Arbeiter zu einer gemeinschaftlichen Aussprache auf Donnerstag, 13. Januar, abends 8 Uhr, nach den Sälen des „Neuen königl. Opern-Theaters“ (Kroll) eingeladen.

Der „schwarzen Liste“ und der Mietmahnlaunze der Hausbesitzer will der Verein der Berliner Wohnungsmiethverleiher jezt eine Liste nicht empfehlen, wem der Hausbesitzer gegenüber stehen. Der Vorstand des Vereins fordert alle Miether Berlins auf, sich an diesem Werke zu betheiligen.

Ueber die Erkrankungen der Berliner Diensthöten und deren Versicherung dagegen geben die Mittheilungen, welche der „Abkommensverein von Dienstherrschäften“ seiden an seine Mitglieder versendet hat, interessante Aufschlüsse.

Eine lebhaft Agitation gegen die Beschlüsse der General-Synode und der Provinzialsynoden um weitere Verschärfung der Sonntagsgesetze im Gastwirthsgewerbe, Einschränkung der öffentlichen und privaten Inhaberstellen und Verminderung der Schauhallen, haben die Gastwirthe beschlossen.

Es war allerdings nicht hübsch von den orthodoxen Pastoren, daß sie die berühmte Stiftung der Orgel für die Kirche mit der weggewiesenen Kameelinschrift, die die Gastwirthe sich geleistet hatten, durch so reaktionäre Beschlüsse belohnten.

Die Uebersicht der am 31. Dezember und 1. Januar zur Verfügung gelangten Stadtbriefe ergibt gegen das Vorjahr eine Vermehrung um 253 450 Stück, d. h. 7 pCt. der Gesamtzahl.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts hat an die ihm unterstehende Beamtenchaft folgenden Erlass gerichtet: „Der Väterei- und Briefverkehr ist in der letzten Wochen und Weihnacht- und Neujahrzeit weit über den Umfang in den früheren Jahren hinausgegangen. Allein in Berlin sind 5,6 Millionen Briefschaften bearbeitet worden. Die Bewältigung der Massen hat, wie ich mich bei verschiedenen Betriebsstellen persönlich überzeugt habe, an die Beamten und Unterbeamten sehr hohe Anforderungen gestellt. Der gewaltige Verkehr hat sich zu meiner Freude im gesammten Reichs-Postgebiet glatt abgewickelt. Ich nehme gern Veranlassung, den Beamten und Unterbeamten für die bewiesene Hingebung und Umsicht meine Anerkennung und meinen Dank auszusprechen.“ Leider wird auch der vertrauensvollste Kaufmann keinen dankenden Beamten auf diesen Dank hin etwas borgen.

Als Schlußaufgaben des Architektenvereins sind auf dem Gebiete des Bau-Ingenieurwesens für dieses Jahr neben einer Aufgabe für Hochbau zum ersten Male eine solche für Wasserbau und eine für Eisenbahnbau gestellt worden. Besonders interessant ist diejenige für Wasserbau. Dieselbe betrifft den Entwurf zum Umbau des Spreekanal in Berlin. Der Spreekanal soll von der Inselbrücke bis zum Kaiser-Wilhelm-Denkmal als Großschiffahrtsweg umgebaut und zugleich so überdeckt werden, daß dadurch Raum für eine großstädtische Straßenanlage gewonnen wird, ohne die Benutzung des Wasserlaufes für die Vorflut und die Schifffahrt zu beeinträchtigen. Zur Gewinnung der nötigen Durchfahrtsbreite für die Schiffe wird der ganze, jetzt im Oberwasser liegende Wasserlauf in das Unterwasser zu versetzen sein, indem die bisherige Stadtschleuse umweit der vormaligen Bauakademie beseitigt und eine neue Schleusenanlage oberhalb der Inselbrücke hergestellt wird. Außer dieser neuen Schleuse und dem zugehörigen Freigerinne ist die Zieserlegung und Ueberdeckung des Schleusenkanals zu bearbeiten, letztere unter Zulassung einer Stützreihe in ihrer Mitte. Endlich ist für die Schloßbrücke ein Neubau vorzusehen unter Umwandlung der jetzigen beweglichen Durchfahrtsöffnung in eine feste Öffnung und unter Veränderung der Pfeilerstellung, im übrigen aber unter Beibehaltung der Brückenansicht.

Kampf gegen die großen Waarenhäuser. Von den Berliner Großhändlern der Bijouteriebranche ausgehend ist in Pforzheim die Bildung einer Konvention gegen die Bazare in der Schweiz. Seitdem nämlich die Bazare der großen Städte anfangen, Bijouterie, und zwar nicht allein die ganz billige Gabeln- und Goldbjuuterie, sondern auch die Pforzheimer und Gmünder Golddouble-Bjuuterie bis hin zu ihren feineren Spezialitäten zu führen, haben die Großhändler Angst bekommen, ihre seitjährigen Abnehmer, die kleinen Goldarbeiter und Uhrmacher in Berlin und anderen Großstädten könnten durch die Bazare lahm gelegt werden. Sie leiteten daher Verhandlungen mit den Pforzheimer Fabrikanten ein und einigten sich mit diesen zu einem Frontmachen gegen die Waarenhäuser im allgemeinen und gegen ein Berliner Waarenhaus im besonderen. Als Zweck der Vereinbarung wird bezeichnet der Schutz und die Erhaltung des soliden Detailgeschäfts als des natürlichen Vermittlers für die Pflege guten Geschmacks und gerechter Werthschätzung künstlerischer Handarbeit beim kaufenden Publikum. Die einzelnen Artikel des abguschließenden Vertrages besagen: Großhändler und Fabrikanten, welche für den deutschen Markt arbeiten, machen sich durch Unterschrift und Ehrenwort verbindlich, weder direkt noch indirekt Lieferungen an ein Waarenhaus zu machen. Die Großhändler verpflichten sich gegenüber den Fabrikanten, bei Käufen oder Ordres nur Vertragsfirmen zu beauftragen. Ueber eventuelle Vertragsbrüche und andere Streitigkeiten entscheidet ein Schlichter. Mit jeder vertragsbrüchigen Firma sind innerhalb sechs Monaten sämtliche Verbindlichkeiten zu lösen. Der Vertrag soll vorläufig für ein Jahr Geltungsdauer haben. Diejenigen von den für den deutschen Markt arbeitenden Firmen, welche den Beitritt zu der Konvention verweigern, sollen von dem geschäftlichen Verkehr mit den Großhändlern ausgeschlossen werden.

Den Inhabern der großen Waarenhäuser wird diese Konvention nicht allzu viel Kopfschmerzen machen. Schon längst, bevor die Kleinhändler und Zwischenhändler sich völlig verblutet haben, dürften die Fabrikanten zu Kreuze kriechen.

Nicht weniger als 9100 polizeiliche Strafmandate, die sich von 1. M. an aufwärts bewegen, sind im verfloffenen Jahre gegen Konzeptionäre und Künstler des hiesigen öffentlichen Droschkenwesens wegen Fahrtkonventionen, Schäden am Betriebsmaterial etc. erlassen worden. Nicht dem Straßenhandel dürfte wohl das Droschkenführergewerbe das am meisten mit Strafmandaten bedacht sein. Nach dem Vorbilde der Straßenhändler benutzten auch die Interessenten des Droschkenführergewerbes eine „Polizei-Strafmandatsstatistik“ zu veranstalten.

Die Schülerwagen, die im vorigen Jahre in den Vororten auf verschiedenen Strecken versuchsweise eingeführt worden sind, um die Schulkinder auf der Fahrt vom Verkehr mit Erwachsenen möglichst abzuschließen, sollen sich nicht bewährt haben. Die Erfahrungen haben vielmehr gezeigt, daß der erstrebte Zweck keineswegs erreicht wurde, denn nun waren die Kinder, jeder Aufsicht bar, sich selbst überlassen, und ihre Treiben soll manchmal ein recht unschönes gewesen sein. Unter diesen Umständen ist denn die Beseitigung der Schülerwagen erfolgt. Nur auf der Schlesischen Bahn sollen einzelne Wagen für Schulkinder an den Tagen der Karlsruher Feiern noch verkehren und zwar unter Aufsicht von Schaffnern. Die Wagen werden auf beiden Seiten Schilder mit weißer lesbare Aufschrift „Schülerwagen“ tragen.

Keine volkshumane Hochschulkurse. Ein Berichterstatter meldet, daß die bekannte Eingabe Berliner Universitätsprofessoren an den akademischen Senat um Verwendung zur Herbeiführung einer Staatsunterstützung für Errichtung volkshumiler Hochschulkurse als b. s. l. g. i. g. beschlossen worden sei. Das war vorausgesetzt. Der Senat begründete seine ablehnende Haltung mit den Satzungen der Hochschule vom 31. Oktober 1818. Der Gedanke soll jetzt in anderer Form Gestalt gewinnen. — Nicht mit diesen nunmehr wohl aus dem Rahmen der Universitäts selbst herausstretenden neuen Bestrebungen scheint die Einderfassung einer konstituierenden Generalversammlung des Deutschen Volkshochschulvereins zusammenzuhängen. Dieselbe soll am 10. Januar, abends 8 Uhr, im Bürgerhalle des Rathhauses stattfinden. Einladungen zu ihr erlassen eine Anzahl bekannter Berliner Persönlichkeiten, u. a. die Professoren Hegidi, Ende, Sufferow, Leising, Poffon, die Medizikure mehrerer Berliner Zeitungen, Frau Schultrath Gauer, Fräulein Helene Lange, Frau Lina Morgenstern, Herr v. Gajdy. Ob hierbei etwas Brauchbares herankommt, muß sich zeigen.

Die Freie Vereinigung selbständiger Fleischermeister Berlins und der Umgegend ist mit ihrer Klage gegen das königliche Polizeipräsidium wegen Aufhebung der absehbenden Verfügung auf Ertheilung der Januarsprüche abgewiesen worden. Die Freie Vereinigung will sich bei diesem Urtheil nicht beruhigen, sondern wird noch die Entscheidung des Obergerichtes herbeiführen.

Eine merkwürdige Prozedur der Polizei. Am Donnerstag wurde der Hausdiener Otto M. von seinem in der Frenzlauer Allee 229 wohnenden Prinzipal nach der Kleinschloßstraße geführt. Unterwegs hielt ihn ein Schuttmann an, der ihm bedeutete, daß der leinone Anzug, den er trage, verdächtig aussehe. Er möge mit zur Wache kommen. Obgleich der Hausdiener sich dem Schuttmann gegenüber als auch vor den auf dem Revierbureau in der Stargardierstraße befindlichen Beamten durch seine Nachfahrerkarte legitimierte, wurde seinem Einwande, daß er ein ehrlicher Mensch sei, der sich bereits 3 1/2 Jahre bei seinem Chef in Stellung befände, keinerlei Beachtung geschenkt. Otto M. mußte sich zunächst vor dem Wachtmeister völlig entkleiden; dann kam der Lieutenant, vor dem er sich der gleichen Unannehmlichkeit unterziehen mußte; und als diese Prozedur vorüber war, und M. sich eben wieder angezogen hatte, hielt ein dritter Polizeibeamter darauf, daß der Sifirte noch einmal seine Kleider vom Körper ziehe. Erst als die dritte Entkleidungsvorgang vorüber war erhielt M. den kurzen Befehl, daß er gehen könne. Reiner der Beamten hielt es für

nötig, sich dem zu unrecht festgenommenen Mann gegenüber mit irgend einem Worte zu entschuldigen.

Den neuesten Handelsartikel bilden zweifellos Nötigenstrahlen, welche in „Portionen“ zu 10 Pf. abgegeben werden. Es handelt sich hierbei um Automaten. Dieselben bestehen aus einem Kasten, welcher an der Seite eine Höhlung zeigt, in der eine empfindliche Platte eingelassen ist. Derjenige, der die Nötigenstrahlen „erwerben“ will, wirft 10 Pf. in den Automaten, zieht mit der einen Hand an dem Griff, während er die andere Hand in die Höhlung hineinstreckt. Der glückliche Käufer kann sodann die Knochen der mit Nötigenstrahlen durchleuchteten Hand, die sich auf der erwähnten Platte spiegeln, deutlich erkennen.

Hohe Holzpreise. Eine auffällige Erscheinung ist der hohe Stand der Holzpreise in diesem Winter. Die Nachfrage ist auf den öffentlichen Auktionen so stark, daß noch nie dagewesene Gebote abgegeben werden, oft bis 100 pSt. über Laxe. Die fiskalischen und kommunalen Forstverwaltungen machen glänzende Geschäfte, wenigstens in der Mark Brandenburg.

Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Dezember 1897: 27 Familien mit 63 Personen, darunter 20 Säuglinge, und 80 Einzelpersonen. Am 1. Januar 1898 war der Bestand 98 Familien mit 88 Personen, darunter 22 Säuglinge und 84 Einzelpersonen. Das Asyl für nächtliche Obdachlose dafelbst benutzten im Laufe des Monats Dezember 1897: 88 921 Personen, und zwar 779 Frauen und 87 542 Männer. Von diesen Personen wurden dem Krankenhaus am Friedrichshain 13, dem Krankenhaus Moabit 46, der Charitee 17 Personen, der Anstalt Wuhlgarten 3, der Krankenanstalt des Asyls 30 Personen überwiesen, 381 (371 Männer, 10 Frauen) der Polizei vorgeführt. Gebadet haben während des Monats Dezember 19 687 Personen.

Eine gräßliche Pleite. Ueber das Vermögen des Grafen Friedrich v. Hohenthal in Charlottenburg, Joachimsthalerstraße 4, ist die Errichtung des Konkursverfahrens beantragt worden. Das Amtsgericht zu Charlottenburg hat demgemäß zur Sicherung der Vermögensmasse das allgemeine Veräußerungsverbot erlassen.

Im neuen Abgeordnetenhaus in der Prinz Albrechtstraße entstand in der Nacht zum Donnerstag zwischen 10 und 11 Uhr auf noch nicht angeklärte Weise Feuer. Im zweiten Stock, in einem Ansenhaltstraum der Bauhandwerker, die schon längst den Bau verlassen hatten, brannten Werkzeuge, Kleidungsstücke, Holzstücken und andere Sachen. Die Feuerwehr konnte die Gefahr schnell beseitigen, so daß das Feuer auf seinen Heerd beschränkt blieb.

Ueber den Mord der durch Goenay ermordeten Gipsbruchsbesitzerin Wittwe Auguste Schulte, geb. Lage, und deren Tochter Klara, der einen Werth von etwa 1 1/2 Millionen besitzt, ist noch nicht entschieden. Da der Fall eintreten konnte, daß die Nachlassmasse als „herrenlos“ nach mährischem Provinzialrecht der Stadtgemeinde Berlin zufiele, hat der Nachlasspfleger, Rechtsanwalt Holz, dem Magistrat Mitteilung über die Verhältnisse gemacht, die dadurch sehr verwickelt werden, daß von jeder der ermordeten Frauen ein Testament existiert, in der sie die andere zur Erbin ernennen, und somit die Frage angeregt wird, ob eine die andere überlebt und dadurch beerbt hat. Diese Frage ist nicht zu beantworten, ehe der Mörder seine That eingestanden und geschildert hat. Da man aber von Goenay keine Spur hat, kann man nicht erwarten, von ihm Aufschluß zu erhalten.

Von der Leiter abgeführt und dadurch schwer verletzt ist gestern Mittag in der Weinmeisterstraße der 22-jährige Arbeiter Mühlberg. An dem Hause Weinmeisterstraße 9 sollte ein großes Schild abgenommen werden, und M. bellig, um dasselbe zu lockern, eine Leiter. Pöblich verlor er das Gleichgewicht und stürzte aus einer Höhe von ca. 5 Metern auf das Straßenpflaster hinab, wo er mit schweren inneren Verletzungen lebensgefährlich liegen blieb. Der Verunglückte wurde sofort mittels Droßke dem Krankenhaus Friedrichshain zugeführt.

Liebeskammer hat den 57-jährigen Schneider August Adler aus der Willibald Allee 35 in den Tod getrieben. J. ein Wittwer und Vater von zwei erwachsenen Töchtern, von denen eine verheiratet ist, wohnte seit zwei Jahren mit einem Fräulein Ch. d. z. i. n. k. y., einem Mädchen im Ausgange der vierziger Jahre, zusammen. Aus dem Zusammenwohnen entspann sich ein Liebesverhältnis, aus dem ein jetzt drei Monate altes Kind hervorging. J. wollte nun die Geliebte heiraten, und da er mit diesem Pläne bei seinen Angehörigen auf heftigen Widerstand stieß, so beschloß er, aus dem Leben zu scheiden. Gestern Mittag gegen 12 Uhr fand ihn Fräulein Ch. am Fensterkreuz hängen.

Eine Absperrung versuchte am Mittwoch Nachmittag die Polizei ohne Erfolg auf dem Anhalter Bahnhof. Hier kam mit dem Frankfurter Zug die Prinzessin Marie von Sachsen-Meinungen an. Aus dieser Veranlassung wollte die Polizei sich mit der üblichen Absperrung des Bahnhofs nicht begnügen, sondern auch den Theil des Bahnhofs, den man nur mit einer Fahr- oder Steigkarte betreten kann, noch einmal absperrten, um für die Prinzessin einen freien Ausgange zu schaffen. Das Publikum hatte für diese Maßregel kein Verständnis und lärmerte sich einfach nicht um die Versuche eines Wachtmeisters und seiner Untergebenen. So geschah das Unerhörte, daß die Dame, die ziemlich zulezt den Zug verließ, mit ihrer Begleitung in derselben Weise den Bahnhof verließ wie das übrige Publikum. Sie hat dabei keinen Schaden genommen. Man sah ihr nicht an, daß sie sich belästigt fühlte, es mag ihr vielmehr so noch angenehmer gewesen sein, als wenn sie bis zum Ausgange hätte Spießruten laufen müssen.

Unfällefälle im Straßenverkehr. Am Mittwoch Vormittag wurde die unheilbar kranke Wirthschafterin Ida M. in ihrer Wohnung in der Pallasstraße, und der Schneider August J. in seiner Wohnung in der Willibald Allee 35 erhängt vorgefunden. — Vor dem Hause Stallschreiberstr. 36 gerieth vormittags die Schuhmacherfrau Friederike Pahlmann unter die Räder eines übermäßig schnell fahrenden Geschäftswagens und erlitt schwere Querschnitten am Oberkörper. — In der Straße „Grüner Weg“ lief vormittags die zehnjährige Emma Moerner einem Omnibus nach und achtete dabei nicht auf das Klingeln und Krusen des Kutschers eines hinter ihr fahrenden Pferdehahnwagens. Obgleich der Kutscher sofort bremste, wurde das Mädchen von dem Pferde umgestoßen, erlitt aber nur Hautabrisse. — An der Ecke der Wohlthätigkeitsstraße und der Straße Alt-Moabit wurde vormittags die Droschkenkutscherin Christiana Ginner durch einen Arbeitswagen überfahren und am linken Beine schwer verletzt. — In der Kleinen Alexanderstraße fiel die obdachlose Wittwe Elisabeth Lesmer zu Boden und verletzte sich schwer am Kopf. — In der Bergmannstraße stürzte der 66 Jahre alte Fuhrherr Christian Paschall von seinem Geschäftswagen und trug eine so schwere Verletzung am Genick davon, daß er bald darauf starb.

Im Abend. Der 68-jährige obdachlose Schneider Wilhelm Rübcke, der anscheinend auf dem Boden des Hauses Linienstr. 68 nächtigen wollte, und durch einen Bewohner des Hauses weggeführt worden war, fiel beim Verlassen des Hauses von der Treppe und erlitt innere Verletzungen.

Als Leiche im Landwehrkanal wiedergefunden wurde der Leberhändler Hermann Müller aus der Hauptstraße Nr. 2 zu Schöneberg, den man seit nunmehr sieben Wochen vermißt.

Mondfinsternis. Die in unseren Breiten in der Nacht vom 7. auf den 8. Januar sichtbare Mondfinsternis beginnt um 12 Uhr 47 Minuten nachts und endet um 2 Uhr 23 Minuten nachts. Die Größe der Verfinsternung beträgt in Theilen des Monddurchmessers 0,16. Für die Beobachtungen sind kleinere Fernrohre mit schwacher Vergrößerung wegen der Verwaschenheit der Schattenbegrenzung empfehlenswerth. Auf der Urania Sternwarte, Invalidenstr. 27, werden den Besuchern zur Beobachtung des Phänomens sämtliche Fernrohre zur Verfügung gestellt werden. Am 12 Uhr nachts wird ein kleiner orientirender Vortrag stattfinden.

Feuerbericht. Mittwoch Abend 8 Uhr erfolgte Pallasdenstraße 21 ein Gardinenbrand. Bald darauf mußte die Wehr nach

Prinz Albrechtstraße ausrücken, wo im neuen Abgeordnetenhaus und zwar im zweiten Stock eine Holzstube mit Werkzeug und Bekleidungsstücken in einem Ansenhaltstraum für Bauhandwerker in Brand gerathen war. Die Gefahr war jedoch bei Ankunft der Wehr bereits beseitigt. Donnerstag nachmittags 1 Uhr mußte Schillingstr. 12/14 ein Kellerbrand abgelöscht werden. Zu gleicher Zeit brannte Weisenburgerstraße 55 der Fußboden, wobei auch das Haus beträchtlichen Schaden erlitt. Ein Zimmerbrand rief um 1 Uhr die Wehr nach Fruchtstraße 31. Ein Rohr mußte Wasser geben, um die Flammen zu löschen, doch wurden Betten, Möbel und der Fußboden vernichtet.

In der Urania, Invalidenstr. 27, spricht heute, Freitag, abends 8 Uhr Herr Professor Dr. Walther von der Universität in Jena über den „Samum als geologische Kraft“.

In der alten Urania hielt Herr Dr. Alfred Köppen einen Meisterwerke der Renaissance“ benannten Vortrag, der sich im wesentlichen mit den Werken der drei hervorragenden Italiener Leonardo da Vinci, Michelangelo und Raphael beschäftigte. Der durch vortreffliche Projektionsbilder erläuterten Darstellung des Lebensganges dieser Männer ging eine Schilderung des Zeitalters und der Gesellschaft voraus, die den Künstlern der Renaissance nicht allein ein umfassendes und befriedigendes Feld für ihre geniale Thätigkeit bereitet, sondern auch der Ausbildung der menschlichen Individualität besonders günstige Vorbedingungen gewährt hatte. Möglicherweise hätte Herr Dr. Köppen den Gegenstand des späteren Mittelalters zur heutigen Zeit in noch schärferen Strichen, als geschehen, hervorheben können. Während die großkapitalistische Ära nicht allein in der Industrie, sondern auch in der Kunst fast nur den Spezialisten leimt und verhilft, war die Ausbildung der Künstler des fünfzehnten und sechzehnten Jahrhunderts zum Theil eine so vielseitige, daß ein Leonardo und Michelangelo nicht allein als Maler und Bildhauer, sondern auch in der Ingenieurwissenschaft und in der Literatur Männer von Bedeutung waren. Heute betätigt sich nur der Natur als Universalgenie, solange besondere Umstände ihm solchen Abergewicht ungekräft gestatten. Anders der moderne Künstler. Der Bildhauer von heute geht ganz in seiner Modellirtheit auf; das Aussehen seines Werkes in Marmor überläßt er fremden Händen. Nach anderer Richtung hin dringt das Kapital vielfach den Künstler, seine Kraft in den Dienst der Massenfabrikation zu spannen, während selbst der nicht auf höchster Stufe stehende Kunsthandwerker früherer Zeiten sich völlig der feinsten Ausarbeitung seines besonderen Gegenstandes hingeben konnte. Diese und noch andere Symptome, welche den Abhand des Mediceischen Zeitalters vom Verheerenden grell kennzeichnen, hätten, wie gesagt, vielleicht drastischer betont werden können. Im ganzen aber verdient der Vortrag volle Anerkennung. Wir wünschen noch, daß die von Herrn Dr. Köppen veranstalteten Abende hinfort reger besucht werden, als dies vorgestern leider der Fall war.

Die Schließung der Treptower Sternwarte ist gestern ohne Sang und Klang erfolgt. Es findet bekanntlich ein Umbau statt.

Die Akademische Vöcklin-Ausstellung ist wieder um mehrere Gemälde bereichert worden, so daß die Vöcklin-Ausstellung, die durch die nothwendig gewordene Aushebung des Bildes „Gott Vater zeigt Adam das Paradies“ entstanden war. Mit den jetzt eingetroffenen Werken Vöcklin's, einer noch nirgends gezeigten „Eberjagd“ aus früherer Zeit und dem „Jagdzyklus der Diana“ von 1896, hat die Ausstellung ihre Vollständigkeit erreicht. Der Besuch ist so anhaltend und so reg, daß eine Verlängerung der Ausstellung über den 16. d. M. hinaus wünschenswerth wäre. Da es aber unmöglich ist, den Schlußtermin hinauszuverschieben, so werden die Gäste jetzt auch in den Abendstunden von 7 bis 10 Uhr dem Publikum geöffnet.

Am Kunstgewerbe-Museum wird die Sammlung Döcker aus Wien, welche seit einem Jahre in einem besonderen Raume hinter dem Goldsaal ausgestellt war, am Sonntag geschlossen. Der reichhaltige Schatz an Kostbarkeiten, Juwelen, Email, mittelalterlichem Kirchengeräth, ist nach dem Tode des Besitzers der Familie desselben zugefallen, welche die Sammlung nunmehr übernimmt, um sie zu verwerthen. Die Familie hat dem Museum drei sehr werthvolle Stücke zum Geschenk gemacht.

Das Januar-Programm des Apollo-Theaters zeichnet sich durch einige neuartige Kräfte in bemerkenswerther Weise aus. Vor allen Dingen verdient eine junge Dame, die Kopf- und Hand-Equilibristin Bertholdi wegen ihrer erstaunlichen Körperkraft und der Grazie, mit der sie diese anwendet, lebhaft Beachtung. Balanzarbeiten, die an sich gewiß nicht in das Gebiet des Kunstschönen fallen, werden von dieser Künstlerin mit einer Vollendung ausgeführt, die aus solchen Bewunderung abnötigen muß, die sonst nicht für die Darbietungen des Spezialitäten-Theaters schwärmen. Fast gleichwerthige Leistungen werden von dem „Handstandskünstler“ Accas vorgeführt; auch an seinen Produktionen muß der Zuschauer die unerhörte Gelenkigkeit bewundern. Weiter sind zu erwähnen die lebenden Bilder des Herrn Henry de Bry, die insoweit ungleichwerthig waren, als sie neben geschmackvollen mythologischen Darstellungen auch eine sentimentale Verberlichung des sozialistischen Profitkrenzuges brachten. Aus der Reihe der neuengagierten Kräfte seien noch erwähnt der Gesangs Humorist Sigwart Wentz, die englischen Tänzerinnen May und Violetta, die Kunstfahrtruppe Aurora und die Excentric Spinn-Spin. Aus dem Programm des vorigen Monats sind herübergenommen der bekannte Jongleur Spadoni, das drockige französische Duettistenpaar Desroches-Bianca und die vortreffliche Gesangskünstlerin Carmen-Faur. Die Bilder des ehrwürdigen Kinematographen haben diesmal leider noch verjümmert aus, wie früher.

Theater. Theodor Storm ist der nächste Dichterabend des Schiller-Theaters im Bürgerhalle des Rathhauses Sonntag, den 9. Januar, genaudet. Da Storm wissenschaft Lyriker ist, wird das Hauptgewicht des Abends in den Vorträgen liegen. Den einleitenden Vortrag hält Melchior Ortman. — Das Schiller-Theater bringt in der nächsten Woche, und zwar Donnerstag, den 18. Januar, die erste Aufführung der Komödie „Der König“, Schauspiel in 5 Aufzügen von Richard Doh. Heute wird Julia's Lustspiel „Die wilde Jagd“ gegeben. Uebermorgen, Sonntag, nachmittags wird „Wallenstein's Tod“, Sonntag abends nach längerer Pause das Spottspiel „Die Vöcklin“ gegeben. Der Uebermorgen's Bismarck, wieberholt. — Am O. S. Theater gelangt am Sonntag nachmittags noch einmal „Berlin, wie es weint und lacht“ zur Aufführung und zwar wird Karl Weich den Herold spielen. Abends bleibt das Repertoire „Leben und Lieben“.

Aus den Nachbarorten.

Wegen des Todtschlages, der an dem Wächter Bronkow in Niederschöneweide in der Nacht zum 18. November verübt worden, ist der 27-jährige Gärtner Bruno Bierwagen in das Untersuchungsgefängnis in Moabit eingeliefert worden. Bei der Sektion der Leiche war in dem Körper Bronkow's eine abgetrochene Messerspitze gefunden worden, welche zu einem dem Angeklagten gehörigen Messer passen soll.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung trat gestern zum ersten Male in einer Stärke von 66 Mitgliedern zusammen. Nach einer einleitenden Rede des Oberbürgermeisters Preitche über die glänzende Entlohnung der Stadt wählte die Versammlung den bisherigen Vorkseher, Dr. Joffe, mit 51 von 57 Stimmen wieder, den Stellvertreter des Vorkseher's, Stadtverordneten Strödel mit 49 von 58 Stimmen; als Beisitzer wurden die Stadtverordneten Fränken und Hubatsch mit je 51 Stimmen gewählt. Die Versammlung setzte hierauf die Sitzungstage für das erste Halbjahr 1898 fest.

Die angeblich von Zigeunern geraubte siebenjährige Felsch aus Adlershof ist bereits ihren Eltern wieder zugeführt worden. Wie in allen bisherigen Fällen, so hatten auch diesmal die Zigeuner nichts mit dem Verschwinden des Kindes than. Die kleine F. hatte, ohne ihren Eltern hiervon Kenntniß zu geben, einen Besuch bei einer Tante in Köpenick gemacht, wo sie nicht über blieb, um am folgenden Morgen nach Adlershof zurückzukehren.

Veranstaltungen.

Eine öffentliche Maurerverammlung, die in einer Anzahl von etwa 2000 Personen am Mittwoch in der Tonhalle tagte, debattirte über die Frage der Einigung beider in Berlin bestehenden Organisationen. Zur Vorbereitung dieser Angelegenheit ist eine Kommission von Vertretern des Verbandes und des Lokalvereins niedergesetzt worden. Ueber die Verhandlungen dieser Kommission erstattete Silber Schmidt einen sehr ausführlichen Bericht, dessen wesentlichste Punkte folgende sind: Die Mitglieder des Zentralverbandes schlugen vor, der Lokalverein solle sich auflösen und alle Berliner Maurer der Zahlstelle des Verbandes beitreten. Die Statuten des letzteren sollten dann so geändert werden, daß kein Berliner Maurer Ursache habe, daran Anstoß zu nehmen. Das Streikreglement solle an Kraft treten und der Berliner Streikfonds als Lokalfonds der alleinigen Verfügung der Berliner Kollegen überlassen werden. Von einem Mitgliede des Lokalvereins sei der Vorschlag gemacht worden, beide Organisationen aufzulösen und eine lose Organisation nach Art derjenigen der Steinarbeiter einzuführen. Dieser Vorschlag sei jedoch nicht ernstlich diskutiert worden. Dagegen hätten die Lokalisten vorgeschlagen, nachdem beide Organisationen aufgelöst worden sind, solle eine neue für Berlin und Umgegend gegründet werden, der alle Berliner Maurer anzugehören hätten. Dieser Vorschlag habe bei den Zentralisten die Meinung erweckt, daß man von der anderen Seite die Einigung hintertreiben wolle. Da die Lokalisten auf diesem Standpunkt beharrten und denselben als den Willen der Gesamtheit ihrer Mitglieder bezeichneten, die Angehörigen des Zentralverbandes aber nicht darauf eingehen konnten, so habe die Kommission die Verhandlungen abgebrochen und die Einigung sei somit gescheitert. Der Referent knüpfte an diese Darstellung die Bemerkung, die Einigung sei durchaus notwendig und diese Frage dürfe nicht eher von der Tagesordnung verschwinden, als bis sie gelöst sei. Er führte weiter unter Hinweis auf entsprechendes Zahlenmaterial aus, daß die lokalen Fachvereine zwar in früheren Jahren etwas Tüchtiges geleistet hätten, jezt dagegen sei diese Organisationsform veraltet und müsse die Zentralisation, welche in jeder Hinsicht leistungsfähiger sei, an deren Stelle treten. Was gegenwärtig die Berliner Maurer noch trenne, seien nicht prinzipielle Gründe, sondern kleinliche Rechthaberei. Die Ausführungen Silber Schmidts wurden häufig durch Zwischenrufe und Unruhe eines großen Theils der Versammlung unterbrochen. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich, als der Redner behauptete, Kater habe in der Einigungskommission gesagt, ehe er einer Aenderung der Berliner Organisation zustimme, könne seinetwegen die ganze Bewegung der Lohnbewegung zum Teufel gehen. Kater, der hierauf, von mißbilligenden Jurufen empfangen, das Wort nahm, gab die betreffende Aeußerung zu, meinte aber, sie habe einen anderen Sinn gehabt. Es sei gesagt worden, die

Einigung müsse die Neujahe vollzogen sein, weil sonst die Charlottenburger Kollegen sich nicht mehr an der Lohnbewegung beteiligen würden. Er habe dazu bemerkt, daß die Einigung nicht durch Rücksichten auf die Charlottenburger beeinflusst werden dürfe. Dann sei ihm zugehört worden: Auch wenn die Lohnbewegung darunter leidet? Im Kerger habe er dann geantwortet: Und wenn die Bewegung zum Teufel geht. Es sei nicht hübsch, daß diese Aeußerung jezt als Trumpf gegen ihn und die Lokalisten ausgespielt werde. Zur Sache führte der Redner aus: Den Uebereinstimmenden billige er deshalb nicht, weil dadurch noch keine Einigkeit unter den Kollegen herbeigeführt werde. Das beweise das Beispiel der Lötzer, unter denen, wie man auf jedem Bau bemerken könne, trotz der Einigung noch lange keine Einigkeit herrsche. Ferner sprachen Worm von seiten der Zentralisten, Knöppchen von seiten der Lokalisten, beide führten in längeren Reden die bekannten Gründe für die eine und die andere Organisationsform an. Knöppchen behauptete unter anderem, den Metallarbeitern, und zwar gerade denen, welche die Einigung am eifrigsten betrieben hätten, wäre dieselbe schon wieder leid. Diese Bemerkung veranlaßte den anwesenden Metallarbeiter-Vertrauensmann Näther und Wort zu bitten, was er aber erst nach einer lebhaften Geschäftsordnungs-Debatte und unter beständigem Protest eines Theils der Versammlung erhielt. Näther bestritt die Behauptung des Vorkredners, indem er anführte, die Metallarbeiter, nachdem sie die Einigung für notwendig erkannt, hätten sich nicht um die Form gestritten und seien jezt härter an Mitgliederzahl und bei weitem leistungsfähiger in finanzieller Hinsicht, als sie vor der Einigung waren. Der Redner, welcher, durch Zwischenrufe veranlaßt, die Verhältnisse seiner Organisation noch näher darlegen wollte, wurde schließlich durch fortgesetzte stürmische Unterbrechungen daran gehindert und die weitere Diskussion auf Antrag aus der Versammlung bis nächste Woche vertagt. Es wurde beschlossen, das Protokoll über die Sitzungen der Einigungs-Kommission drucken zu lassen.

Die Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter, Zahl 1, hielten am 2. d. M. ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ging hervor: Statistischer haben 12 Mitglieder-Versammlungen, 12 ordentliche, 16 außerordentliche Vorstandssitzungen. An die am Maurerstreik Beteiligten wurden 177,20 M. Unterstützung gezahlt. Für den Streikfonds wurden 708,90 M. gesammelt; die Lokalkasse verzeichnete 1835,35 M. und verausgabte 417,62 M. Die Mitgliederzahl ist von 80 auf 560 gestiegen, hat sich also verdreifacht. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Vorkredner und Seidemann Bevollmächtigte, Hoffmann und Wend Kassier und Krüger Schriftführer. Als Revisoren wurden Rehmisch, Schürrock und Vieckle gewählt. Zum Spediteur des Organs wird Bölle bestimmt. — Im IV. Quartal war eine Einnahme von 484,94 M. und eine Ausgabe von 108,78 M. zu verzeichnen.

Der Bevollmächtigte giebt bekannt, daß er von der Polizei aufgefordert worden sei, ein Mitgliederverzeichnis einzureichen. Es wird beschlossen, es auf eine Klage antworten zu lassen.

Freie Vereinigung der Gäubier und Gäubierinnen. Heute Abend 8 1/2 Uhr Redn. 145 bei Hoppe, Mitglieder-Versammlung. Nichtstatutarischer Besprechung Berlin und Umgegend. Sonnabend, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Schillingstraße 26, Vortrag. Sachfragen mitkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Freitag und Sonnabend von 6 bis 8 Uhr abends statt. W. V. Gödt. Ist für uns unmöglich. Schreiben Sie direkt an Frau R. V., Kanister 160 zu Charlottenburg. E. M., Landensstraße, 1. Ist pfändbar. 2. Gegen den Militärkassier vertreten durch die Intendantur, ist der Pfändungsbescheid zu richten. 3. Der Vorwand muß klagen. — R. 300. Die betreffenden Urkunden sind nicht fempelschuldig. Ueberreichung von Abschriften und Vorlegung im Termin genügt. — G. 32. Die Kündigung ist rechtmäßig erfolgt. Fordern Sie den Wirth auf, anzuerkennen, daß der Vertrag am 1. April beendet ist. Beht er dies Anerkenntnis ab, so verlagern Sie ihn beim Amtsgericht. — R. G. 100. Welche Rechte Ihnen zustehen, hängt davon ab, wo der letzte Wohnsitz der Verstorbenen war. Sprechen Sie zur Klarlegung in der Sprechstunde vor. — E. R. 84. Sie können nur dann Alimentengelder erlangen, wenn auf Ihren Antrag hin das Gericht (Vormundschaftsgericht in Danzig) Ihnen die Erziehung zuspricht. Ihr Antrag hätte aber nach Lage der Sache wenig Aussicht auf Erfolg.

Witterungsübersicht vom 6. Januar 1898, 8 Uhr morgens.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stufe 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (°C. = 40° F.).
Schwineköpfe	762	S	3	Rebel	3
Hamburg	760	SW	3	Regen	7
Berlin	762	SW	2	bedeckt	5
Wiesbaden	765	SW	1	bedeckt	3
München	767	SW	4	wolftig	5
Wien	766	SW	1	Regen	-0
Saparanda	750	SW	1	Rebel	-9
Petersburg	754	SW	1	Schnee	1
Cord	761	SW	1	bedeckt	10
Aberdeen	751	SW	2	heiter	6
Paris	765	S	2	Rebel	4

Wetter-Prognose für Freitag, 7. Januar 1898. Gleitlich warm, vorwiegend trübe und regnerisch bei mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Räumungs-Verkauf.

Nach stattgehabter Inventur werden große Restbestände von Schuhwaaren der verschiedensten Art zu Inventur-Aufnahmepreisen ausverkauft. Es befinden sich nur gangbare, moderne Artikel darunter, welche zum Theil nicht mehr genügend sortirt sind und deren Vorräthe nicht mehr ergänzt werden sollen. Es bietet sich daher für Jedermann eine außerordentlich günstige Gelegenheit, gute und dauerhafte Schuhwaaren zu thatsächlich spottbilligen Preisen zu kaufen. Die zum Ausverkauf gestellten Restbestände sind in besonderen Räumen übersichtlich zur gefl. Wahl ausgelegt.

Der Räumungs-Verkauf findet nur kurze Zeit statt.

Schuhwaarenhaus Carl Stiller

Gegründet 1867.

Jerusalemstrasse 40, am Dönhoffplatz.

Gegründet 1867.

Liteler-Verein.

Todes-Anzeige. Am Montag, den 3. d. M., starb unser Mitglied, der Liteler Führer im Alter von 48 Jahren. Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um rege Theilnahme bitten. Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten für die herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Pianovorgängers **Albert Baumann** meine besten Dank. 26156 Dwe. Baumann u. Verwandte.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Arbeiter **Karl Behrend** nach langen schwerem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. d. M., nachm. 3 Uhr, auf dem neuen Friedhof-Kirchhof statt. Die trauernde Wittwe.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse der Lederzweitzer Berlins.

General-Versammlung am Sonntag, den 16. Januar cr., nachmittags 11 Uhr, bei Feind, Weinstraße 11. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1897. 2. Bericht der Revisoren. 3. Vorstandswahl: a) des 1. Vorkredners, b) des 1. Schriftführers, c) des 1. Kassiers, d) der 6. Ersatzmänner. 4. Geschäftsliches. Der Vorstand. S. K. Gupav Duffe.

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 9. Januar, nachmittags präz. 2 1/2 Uhr, im Thalia-Theater: **Die Kinder der Exzellenz.** Lustspiel in 4 Aufzügen von E. v. Wolzogen und W. Schumann. Die Mitglieder sind ersucht, recht pünktlich zu sein. Die Zugangstüren zum Theater werden präz. 2 1/2 Uhr geschlossen.

Avia! Sonntag, den 30. Januar, in Cohn's Festsaal, Beuthstr. 19: Moderner Dichter- und Lieder-Abend.

Mitwirkende: Frau Cl. Viebig und Herr Cl. Herten. Vorlesung und Recitationen; der Konzertängerinnen Frau Lieban-Globig und Frau Else Moest-Schoch unter Begleitung der Pianistin Fräulein Marie Gerdes; der Komponisten Hans Pfizner und Hans Hermann. 150/1. Entree 40 Pf. Anfang 7 Uhr. Eintrittskarten sind an allen Zahlstellen des Vereins zu haben.

Vereinsbrauerei-Ausshank Rixdorf

Sonnabend, den 8. Januar 1898: **Grosser Volks-Maskenball** 40882. Entree 25 Pfennig. N. Berndt, Oekonom.

Für die englischen Maschinenbauer

gingen ferner folgende Beiträge ein: Tischlerei Aug. Fruchtr. 22 23,15. Möbelfabrik Groschulz, Gollnowstraße 18/19, 9. Rate 17,85. Tischlerei Courtols, Schwedterstr. 258, 8. Rate 3,25. Tischlerei Stein, Große Frankfurterstr. 86 (außer einem) 10,05. Tischlerei Doop, Admiralsstr. 10, 5. Rate 3,00. Silbererguß 1,00. Tischlerei Wulferd u. Sohn, Alte Jafobstr. 132, 4. Rate 15,00. Tischlerei, Wesselerstr. 23 4,40. Tischlerei Penning u. Jahn, Mühlendammstr. 3, Saal 3 5,10. Piano-fabrik Gerbß, Joffenerstr. 10, 6. Rate 10,70. Verlagsbuchh. Rausche, Blumenstr. 24, 3. Rate 4,95. Piano-fabrik Weiser, Wassergrasse 4 10,55. Möbelfabrik Groschulz, Gollnowstr. 18/19, 9. Rate, darunter 1,00 von Rate 20,25. Aus der Sparbuche Katernstr. Chaußeestr. 88, 3,90. Tischlerei Behrensstr. 5,55. Tischlerei Dein, Falkenbergstr. 4. Tischlerei Becker, Elisabethstr. 11, Bierprocente 11. Papenhofstr. 27, 2. Rate 12. Papenhofstr. 27, 2. Rate 12. Tischlerei Penning u. Jahn, Mühlendammstr. 3, Saal 2, 4,50. In Summa 174,90 M., bereits quittirt 4167,41 M., Gesamtsumme 4342,21 M. Weitere Beiträge nimmt entgegen der Arbeitsnachweis für Holzarbeiter Kennstr. 33.

Statt besonderer Kleidung. Heute Morgen 5 1/2 Uhr eine kleine Tochter angekommen. Berlin, den 6. Januar 1898. Louis Henning, Wendant.

Hierdurch warre ich jeden, meinem Namen „Fräulein Röh“ auf meinem Namen irgend etwas zu bezagen, da ich für denselben keine Zahlung leihe. Frau Karoline Röh, Staltgerstr. 124.

Castan's Panopticum. Friedrichstr. 165. Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer. Das BÄRENWEIB.

Bettfedern-fabrik Gustav Duffe, Berlin, N., Prinzenstraße 46, verleiht gegen Kaution gegenwärtige Bettfedern d. Pfd. 55 Pf., bessere halbdunen d. Pfd. 21,25, beste halbdunen d. Pfd. 22,50, beste halbdunen d. Pfd. 22,50. Von diesen Dunnen gründen 3 bis 4 Bund zum großen Oberbett. Verpackung frei. Preis u. Proben gratis. Die Anfertigungsfrist.

Mehl beites 000 & Pfd. 15 Pf., Auszug 17 Pf. Wiener Mehl 22 Pf., Erbsen 10 Pf. In große Erbsen 2 Pfd. 35 Pf., Schäl-Erbsen 15 Pf., Linsen 10 Pf., Bohnen 10 Pf., Hirse 15 Pf., Haferflocken 15 Pf., Roggen, gemischt 25 Pf., Malzgerste 15 Pf., Weiz 15 Pf., Graupen 13 Pf. Paragol, gedrehten Kaffee von 80 Pf. an. Kaffee von 60 Pf. an. Sander 2 Pfd. 45 Pf., empfiehlt 40900.

Bahn-Atelier.

Rüstl. Röhne in taubelosem Auslieferung v. 5 M., Womben v. 2 M. an. Schmerzlos. Zahnziehen mit Cocain, Chloroform und Lachgas unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bekleidung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigung usw.; Zahnreinigung, Woche 1 M.

Guckel, Kautzer Platz 2, Wollfstraße 12, Steglitzerstraße 71. Preis 25, 30, 40 Pf. Blatt 60. Neue und Büden 70 und 80 Pf. Reihenteln und -Blätter. Hagen 2,00 auch schickt 3,50. Kanischen, Gänse 50, 55. Hühner, Enten, Puten. Wild- und Geflügelhandlung.

A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.

Sophastoffe aus den Reste in Rippe, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelin und Wäse spottbillig! 40255. Proben franko! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Wahre Wunderkinder

steht man mit Koch's Nährzweiback. Derselbe bildet den Kindern geländes Blut, harten Knochenbau und schütz vor den Kinderkrankheiten. In Packungen zu 10, 20 und 30 Pf. beim Bäckereiwelt 915. Koschick, Rottdulfer Damm 12. Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Drangellier 196 und 141 (alte Nr.) des Weis- und Papirich-Vier-Total v. W. Schmidt übernommen habe. Bereinstimmung für 30-70 Pfd. stehen zur Verfügung. 26165. W. Grube.

Winterpaletots Anzüge, Remont. Reanbrück, 6. Pfandstraße.

Betten.

Stempdecken, Regulatoren, Spottb. Reanbrück, 6. Pfandstr.

Arbeitsmarkt.

Karton-Arbeiterinnen, gelbe, Carl. Wolf, Neue Friedrichstr. 48. Werkführer verlangt Goldleistenfabrik Dostheid, Gr. Frankfurterstr. 84. Werkführer auf Weisen verlangt Freienwalderstr. 20. 26215. Wejangverein 26185 im Saldosen, neu begründet, sucht tüchtigen Dirigenten. Stimmgebende Mitglieder willkommen. Adressen erbeien an C. Heidekamp, Coprivstr. 23. Dirigent Ia. 26149 sucht Arbeiter-Wejangverein. Offerten mit Honorarangebe erbetet Ostsee Weltung, Rixdorf, Steinhewerstr. 63, 11 r.

Gute Bekleidungsarbeiter

werden verlangt Prinzessinnenstr. 16. Tüchtige Silberpolierinnen auf Beleidigungen werden verlangt. 26105 Prinzessinnenstr. 16.

Wagenlackierer gesucht!

4 bis 6 junge, tüchtige Wagenlackierer sowie 1 Wagenlackier-Vorarbeiter, der selbstständig arbeiten und einer Werkstatt von 15-20 Mann vorstehen kann, finden dauernde Stellung bei Paul Kuhn, Hof-Wagenfabrikant, Pransschweiz.

Blätterinnen in und außer dem

Blätterinnen in und außer dem Hause auf Manuskripten finden dauernde Beschäftigung bei Müller & Sussmann. Grüner Weg 119.

10 tüchtige selbständige

Geldschrank - Schlosser verl. H. Fabian, Geldschrank-Fabr. Badstr. 59. Sticker, geübte, auf Wunsch der Fabrikanten Mattisohn & Pieder, 26175 Landbergerstr. 16. Goldleisten. 26195 Tüchtige Wandierer, sowie Schleifer finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung Köpckestr. 109b.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 7. Januar.
Opernhaus. 5. Symphonie. Abend der k. k. Kapelle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Mutter Töchter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Agnes Jordan. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessing. Bartel Turaser. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. In Behandlung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Maria Stuart. Anfang 7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Die schöne Helena. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Vögelbrüder. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schilder. Die wilde Jagd. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reibens. Sein Leid. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Das Opferlamme. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Auf goldenem Boden. Anfang 8 Uhr.
Velle. Alliance. Die relegirten Studenten. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Leben und Lieben. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädisches. Der Trompeter von Säckingen. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Verführerin. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlüsse.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlüsse.

Passage-Panopticum.
Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
Zum Schluss: **Illustrirtes Quodlibet** in 12 lebenden Bildern.


Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck.
Paul Spadoni. * Lina Goltz.
Desroches-Bianca.
Aurora-Troupe. * Spiel-Spiel.
Miss Bertholdi
Mr. Arras. Brook and Dunckam.
Carmen-Faur
Les 5 Royvals. * Sisters Morden.
Siegwart Gentes
u. s. w. u. s. w.
Kasseneröffnung 8 1/2. Anf. 7 1/2 Uhr.

Quarg's Vaudeville-Theater.
Dir. Hotel Alexanderplatz.
Das Beste vom Besten und ohne Konkurrenz sind die unverwundlichsten und immer mehr von Erfolg gekrönten Lustspiele.
Das Armband und **Das Modell.**
Vorzugsarten gelten.

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse 77.
Das splandide **Neujahrs-Programm** mit allerersten **Kunstkräften.**
Family Derrington.
Max Walden.
Die drei Maakwoods.
Excelsior-Mimograph u. s. w.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Avis! Am 15. Januar: **Avis!**
I. Elite-Masken-Ball
(Ein Sommertag in Monaco).
Im Reichshallen-Tunnel **Militär-Concert** in Uniform.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Neu! Die Neujahrsnacht. Neu! Ein militärischer Don Juan.
Reinhold Lange, Käthe Leonardi, der beste Humorist, bildschöne der Jetztzeit, Kostüm-Soubrette
Brothers Therras, die berühmtesten Acten-Turner.
Anfang: **Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.**
Bretel wie gewöhnlich.

Gebrüder Herrfeld's

Erstes Original Budapest
Possen- und Operetten-Theater.
Heute Dienstag, Anfang 8 Uhr:
Die Anton u. Donat Herrfeld'sche **Novität**
Familie Kochsalz
Vorher die reizende Operette **Gefährliche Jungen.**
Neuer Novitätenheft.
Unter anderem:
Dr. Guido Steinitz u. William Schöff.
In Vorbereitung:
Von Dreyen der Glückseligste.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und **Humoristen.**
Anf. 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Loge 1 Pf., Sperrlog 50 Pf.
Entrée 30 Pf.
Alle 5 Barrisons. Leno, Hebe Leno.

Achtung! Verein der Former. Achtung!

Sonntag, den 9. Januar, vormittags 11 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
im Vereinslokal, Hirtenstr. 21.
Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht pro 2. Halbjahr 1897. 2. Anträge und Beschlüsse. 3. Wahl des Vorstandes und der Revisoren.
Gleichzeitig werden die Kollegen und Freunde des Vereins darauf aufmerksam gemacht, daß am 19. Februar das **35. Stiftungsfest** im **Feen-Palast** als **Wiener Rosenball** stattfindet. Billets sind vom Sonntag ab beim Vorstand und beim Komitee zu haben.
Der Vorstand. J. A.: **Albert Nemes.**

Verband der Maler etc. Deutschlands.

Filiale Berlin I. 124/1
Dienstag, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Wolfgang Holne über: „Das Koalitionsrecht der Arbeiter.“ 3. Diskussion. 4. Anträge. Der wichtigste Tagesordnung wegen ist zahlreiches Erscheinen nötig. Gäste, durch Mitgliedsbescheinigung, haben Zutritt.
Der Vorstand.

Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen.

Sonntag, den 9. Januar, abends 7 Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20, I: Vortrag des Herrn Dr. Joël über: „Die Schöpfungsgeschichte der Erde.“ - Nach dem Vortrage: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz. - Billets à 20 Pfennige sind bei den Vorstandsmitgliedern zu haben.
Montag, den 10. Januar: Vortrag und Uebungsstunde bei Neumann, Brunnenstraße 150.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 9. Januar 1898, nachmittags 2 1/2 Uhr, II. Abtheilung im Lessing-Theater:
„Bartel Turaser.“

Ein Arbeiter-Drama in 3 Aufzügen von Philipp Langmann-München.
III. Abth. den 20. Januar, IV. Abth. den 6. Februar: Dasselbe Vorstellung.
Nachzügler anderer Abtheilungen erhalten nur einen Stehplatz, soweit Raum vorhanden ist.
Mitglieder zur V. Abtheilung werden in allen Zahlstellen gegen Hinterlegung des Eintrittsgeldes von 60 Pf. und eines Monatsbeitrages aufgenommen und erhalten dieselben 3 Tage vor der Vorstellung nach Aufnahme durch den Vorstand ihre Mitgliedskarten in den Zahlstellen.
Die Marken der V. Abtheilung sind ebenfalls in Rubrik X zu haben.
Die Zahlstellen des Vereins sind: N. 1. E. Beyer, Veteranenstr. 13. 2. H. Mehnert, Diedenhofenstr. 3. 3. M. Winkelmann, Ackerstr. 154. 4. A. Hintze, Pankstr. 13. 5. H. Vogel, Demminerstr. 32. 6. C. Becker, Lindowerstr. 25 (Müllerstrasse). 7. E. Dieke, Ackerstr. 123. 8. A. Tietz, Invalidenstr. 124 (Steintiner Bahnhof). NO. 9. Franz Niemeyer, Weberstr. 19. 10. J. Reul, Barnimstr. 42. O. 11. F. Wilke, Andreasstrasse 26. 12. M. Kothe, Koppenstr. 90. 13. H. Zabel, Frankfurter Allee 90. 14. A. Hoffmann, Blumenstr. 14. SO. 15. P. Nicolas, Skalitzerstr. 107. 16. G. Böhlert, Mariannenstr. 5. 17. L. Tolksdorf, Görzstr. 58. 18. K. Scholz, Wrangelstrasse 32. S. 19. J. Gaedicke, Gräferstr. 93. 20. G. Schulz, Admiralstr. 40a. 21. W. Börner, Ritterstr. 15. 22. H. Baake, City-Passage, Dresdenerstr. 52/53. 23. H. Schurig, Dresdenerstrasse 128/129. SW. 23. Fr. Zubeil, Lindenstr. 106. 24. A. Ochs, Lindenstr. 59. 25. A. Böttger, Zossenstrasse 21. W. 26. W. Werner, Bülowstr. 59. 27. A. Faller, Pallasstr. 16. NW. (Moabit). 28. Fr. Reddemann, Pritzwalkenstrasse 3. C. 29. Alb. Löwenberg, Neue Schönhauserstr. 18. 30. P. Horsch, Gipestr. 27. 31. B. Scheithauer, Rosenthalerstr. 64. Rixdorf. 32. Ph. Thomas, Bergstr. 162. Charlottenburg. 33. A. Sellin, Wilmersdorferstrasse 115/116.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler. 228/1

Neues Olympia-Riesentheater

(Circus Rena.) Täglich 8 Uhr abends: Karlstrasse.
Bolossy Kiralfy's „Constantinopel!“
An Sonn- und Feiertagen: Zwei Vorstellungen.
(Nachmittags 1 Kind frei.)
Näheres siehe Anschlagstafeln.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 10.
Heute Freitag, den 7. Januar 1898:
Das Forsthaus.
Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Sonabend wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.

Konzert-haus Sanssouci

Rottbuehrer Strasse Nr. 4a.
Dir. G. Pierr.
Kritischer Leiter Hof. Richter.
Neu! Neu!
Im Reiche der Sirenen.
Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Joh. Gieser u. Jean Hüster.
Musik von Joh. Gieser.
Neue Spezialitäten.
Grosser Ball.
Wochentags Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Passe-partouts gelten.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Auf allgemeines Verlangen, neu einstudirt:
Die Reezenburg.
Bilder aus dem Berliner Volksleben von G. S.
Neu! **Geschw. Tilly.** Neu!
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Sonntags 6 Uhr.
Anfang: **Wochentags 7 1/2 Uhr.**
Künstl. Zähne 1,50 M.

Feen-Palast

22 Burgstr. 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Das neue erfolgreiche Neujahrs-Programm.
Niagarra, Könige aller Thurmseiläufer.
Lühdorf mark. Eichen.
Cabaret, grosse Lilliputaner Händchen.
Lebende Photographien.
Novität! Um 8 1/2 Uhr: **Robitott!**
Rich. Winkler und Willy Fröbel in der neuesten Operetten-Inszenirung
Das radelnde Berlin.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf.

Circus Busch

(Bahnhof Börse).
Freitag, den 7. Januar 1898, abends 7 1/2 Uhr:
Humoristischer Abend.
Zaragoza.

Dirig. Ruediger-Schauspiel des Circus Busch, entnommen aus dem spanischen Leben. In nie gezeigter glänzender Ausstattung, darunter mehrere direkt aus Spanien importirte spanische Biererzeugnisse. Besonders hervorzuheben: Eine spanische Eisenbahn mit eintrübender Katastrophe. Die Flucht des Don Casaburro mit seiner Geliebten und seinem Pferd aus dem brennenden Schloss. Außerdem: Die amerikanische höchst komische Episode. Die berühmten acht Springpferde. Die Dogarifahrt mit einem dazu dreifür. Pferde, ausgef. von R. d. M. Maria Doré. Dir. Busch mit seinen vorzüglichsten Freizeitskessuren. Morgen 7 1/2 Uhr: **Grosse Gala-Vorstellung.**
Wunder 100 Jahre ziehen frei. Bahnärztliche Klinik, Zahnklinik, 43, 1, Gde. Oranienstraße, Spr. 8-10 und 1-3 Uhr.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

(Schönhauser Vorstadt.)
Sonntag, den 9. Januar, abends 6 Uhr, in Wernau's Festsaal, Schwedterstrasse 23/24:
Öffentl. Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die Krankheiten des Proletariats“. Referent: Genosse **Dr. Weyl.** 2. Diskussion.
Nach dem Vortrag: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vertrauensmann.**

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 9. Januar, abends 6 Uhr:
Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen
im „Cöllner Hof“, Cöllnerstr. 8.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Robert Schmidt** über: „Politische Tagesfragen“. 2. Diskussion und Beschlüsse. - Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vertrauensmann.**
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein. 219/1

Arbeiter-Bildungsschule.

Am Sonntag, den 9. Januar 1898, abends 7 Uhr, in Feuerstein's Festsaal, Alte Jakobstr. 75:
Versammlung.
Vortrag. (Der Referent wird in der Sonntags-Nummer bekannt gemacht.)
- Nachdem: **Gemüthliches Beisammensein und Tanz.**
Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf.
Nach dem Vortrag haben nur noch Mitglieder mit ihren Angehörigen Zutritt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20/21: [76/5]
Sitzung der Ortsverwaltung.

Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Am Sonnabend, den 8. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Oranien-Salon“, Oranienstraße Nr. 31:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Joël** über: „Aus der Steinzeit“. 141/1
2. Diskussion.
3. Abrechnung vom 4. Quartal.
4. Beschlüsse.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Freie Vereinig. der Bauarbeiter Berlins.

Am Sonntag, den 9. Januar, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Wernau, Schwedterstraße Nr. 23-24:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 4. Quartal 1897. 4. Berichtigungsgegenstände und Beschlüsse.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
J. A.: **Fritz Krüger.** 31/1

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern zur Kenntniss, daß die Versammlung am 9. Januar ausfällt.
Der Vorstand.
J. A.: **H. Knüpfer, Schneberg, Kolonnenstraße 52.**

Achtung! Maurer. Achtung!

Am Sonntag, den 9. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im M. Cohn's Lokal, Beuthstr. 20:
Mitglieder-Versammlung
der Filiale Berlin II Zentral-Verband deutscher Maurer.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **H. Silberschmidt** über: „Minimallohn, Marxarbeitslosigkeit und die Schädlichkeit der Korbarbeit in unfernt Verast. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 126/1
Wir machen es den Kollegen in den Bezirken zur Pflicht, kräftig für guten Besuch dieser Versammlung zu wirken, auch unter den der Organisation noch fernstehenden Kollegen. Die Lokalverwaltung. 31/1

Achtung! Arbeiter. Achtung!

Zentralverb. der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Berlin I.
Sonntag, den 9. Januar, abends präzis 5 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstrasse No. 20:
Unserordentl. Mitglieder-Versammlung mit Frauen.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Herrn **Dr. Friedebach** über: „Die Schwindbucht und deren Heilung.“ Nach dem Vortrage: Gemüthliches Beisammensein. Gäste haben Zutritt. Hierzu ladet freundlich ein **Die örtliche Verwaltung.** 134/1

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend. (Eing. Hilfskasse No. 118.)
Sonntag, den 6. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann, Alexanderstraße 27 c:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Abrechnung des Kassiers vom vierten Quartal 1897 sowie Revisionsbericht. 2. Bericht des Aufsichtes. 3. Wahl des ersten Vorsitzenden, des zweiten Kassiers, eines Revisors, und vier Ersatzmitglieder. 4. Wahl des Aufsichtes und vier Ersatzmitglieder. 5. Antrag der letzten außerordentlichen General-Versammlung: Vom 1. April bis 1. Mai 1898 können auch solche in § 3 Zelle 1 benannten Gewerbe Angehörige der Bauhandwerker-Krankenkasse beitreten, auch wenn sie älter als 45 Jahre sind, ohne ein ärztliches Attest beizubringen; sie haben aber auf Verlangen des Vorstandes der Bauhandwerker-Krankenkasse auch den Bedingungen der ganzen §§ 3 und 8 des Statuts zu genügen. 6. Innere Angelegenheiten, Publikationsorgan u. s. w.
NB. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber werden die Mitglieder ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Versammlung wird Freitag 10 Uhr eröffnet. **Mitgliedsbuch legitimirt.** 55/1
Der Vorstand. J. A.: **H. Metzke, Ederwallstraße 19.**

Tischler-Verein.

Sonabend, den 8. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Weichhorststraße 15:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1897. 2. Jahresbericht für das Jahr 1897. 3. Bewilligung etwa nöthiger Gehälter. 4. Bericht des Bibliothekars. 5. Wahl eines Bibliothekars. 6. Inzeratenfrage. 7. Antrag des Vorstandes auf Ueberweisung von 100 M. zum Extra-Unterstützungsfonds. 198/1
Mitgliedsbuch legitimirt. **Der Vorstand.**